

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, nach die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.80. Monatlich 55 Pf. Postanweisung Nr. 4094 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Verlagsanfragen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., anständige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 136.

Mittwoch, den 14. Juni 1899.

6. Jahrgang.

## Protest gegen die Zuchthausvorlage.

Mittwoch in den „Central-Hallen“

Referent: Reichstags-Abgeordneter Zubeil.

### Kein organisirter Arbeiter darf fehlen!



Hierzu eine Beilage.

#### Wie die Regierung das Schandgesetz begründet.

Unser Wp.-Mitarbeiter schreibt uns: Seit der Deynhäuser Rede ist der ganze Regierungsapparat von den Ministern und Reichsgerichtsräten bis herab zu den Spikeln in Bewegung gesetzt worden, um „Gründe“ für die Zuchthausvorlage zusammenzutragen. Sauer genug ist den Betreffenden die Arbeit geworden und lange genug ist an den Entstellungen herumgefieft und herumgedreht worden; diese sind dadurch um kein Haar besser geworden. Das Produkt dieser „geistigen Arbeit“ liegt vor in der „Begründung“, welche dem Entwurfe beigegeben ist, und in der Denkschrift, außerdem hat Herr Posadowsky noch etwelche Patrone im Sack, die er nicht vorzeitig verschließen will. Nach der „Denkschrift“, welche auf hundert Seiten Klatsch und Tratsch enthält, zusammengetragen aus den Berichten der Unternehmerorganisationen und der Polizei, kann man darauf schließen, was der Geheimkranke des edlen Grafen enthält: „Patronen“, ja, Stinckstoffpatronen, hergestellt aus dem Material der Spikel, die seit der Deynhäuser Rede ganz besonders thätig waren.

Aufgabe wird es nun sein, die Gründe zu zerzausen, das Material, welches da zusammen gekehrt worden ist, zu untersuchen. Eine widerliche Arbeit zwar, in diesem Müllhaufen zu wühlen, aber sie muß geschehen werden.

Auf den ersten Blick findet man in der „Begründung“ unter der Denkschrift, den klaren Beweis, daß es sich um ein Ausnahmengesetz handelt, denn die beiden Schriftstücke enthalten nichts weiter als Verunglimpfungen der Arbeiter. Hausenweise steht Material zur Verfügung über den Terrorismus, welchen die Unternehmer und Unternehmerverbände üben, aber auch nicht die leiseste Andeutung darüber ist in den beiden Elaboraten zu finden. Herr Posadowsky soll vor einigen Monaten erklärt haben, er sei erstaunt gewesen, zu sehen, wie gut die Unternehmer organisiert sind, trotzdem hat er wohlweislich über die schmutzige Reaktion dieser Verbände sich ausgeschwiegen. Das ist erklärlich, zeugt aber von Allem, nur nicht von Objektivität.

Beginnen wir mit der famosen „Begründung“. Es wird hier versucht, den Verdacht zu erwecken, als seien die organisierten Arbeiter eine einzige Verbrecherbande, wir sagen — Verdacht, denn es hieße die deutsche Sprache beleidigen, wenn man auf dieses Produkt des Polizeigeistes des Wort Beweis nur anwenden wollte.

Es werden also die Zahlen der wegen Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung, dieses gesetzgeberischen Monstrums, aufgezählt. Sie betragen:

1892	74	1895	98
1893	98	1896	252
1894	47	1897	256.

Die letzte Zahl ist erlogen! Die offizielle Kriminalstatistik weist nur 249 auf. Warum die Lüge? Weil man durchaus ein fortwährendes Steigen konstatieren will!

Was soll damit bewiesen werden? Die Begründung schweigt! Es wäre zu absurd, zu behaupten, daß sich aus diesen absoluten Zahlen eine Zunahme der Kriminalität bei den streikenden Arbeitern (nur auf solche kann der

Paragraph angewendet werden) ergibt. Man nennt also die Zahlen, um den Verdacht zu erwecken, daß dem so sei! Will man etwas mit diesen Zahlen beweisen, so muß man sie in Bezug setzen zu der jeweiligen Zahl der Streikenden. Dann ergibt sich Folgendes: Auf 1000 an Streiks Beteiligte kommen

1892	24,5	1895	6,6
1893	4,1	1896	2,9
1894	6,4	1897	4,9

Im Allgemeinen entfallen in Deutschland auf 1000 Strafmündige 10,8 Verurtheilte wegen Gesetzesübertretung. Es ergibt sich also, daß die Streikenden relativ weniger Anlaß zur Verurtheilung wegen spezifischer „Strafdelikte“, wenn man so sagen will, geben. Aber das Verhältnis wird durch diese Zahlen noch gar nicht zum richtigen Ausdruck gebracht. Zur Verurtheilung gehören immer zwei, und man weiß ja, wie die Gesetze gegen die Arbeiter gehandhabt werden, besonders in letzter Zeit: in den Berichten der Fabrikinspektoren beständige Klagen über die milde Behandlung der Unternehmer, die ungestraft Kinder ausheuten bis auf's Blut, und überhaupt auf das Gesetz pfeifen; auf der anderen Seite, in Bezug auf die Stellung der Richter zu den Arbeitern, nennen wir Löttau — das genügt.

Dann heißt es: „Die aus Anlaß von Streit-Ausschreitungen auf Grund des Strafgesetzbuches erfolgten zahlreichen Bestrafungen wegen Verbrechen oder Vergehen gegen die Person, wie Beleidigungen, Körperverletzungen, Nötigungen und Bedrohungen, lassen sich aus der Gesamtzahl der wegen dieser Delikte überhaupt erfolgten Verurtheilungen nicht ausschneiden. Es haben aber — dieses „aber“ ist unbezahlbar! es liegt in diesem stammelnden „aber“ eine abgrundtiefe Perfidie! — die Bestrafungen wegen der bezeichneten Delikte erheblich stärker zugenommen, als es der Zunahme der strafmündigen Bevölkerung entspricht.“ Folgen ein paar Zahlen, aus denen sich ergibt, daß die Zahl der wegen Beleidigung, einfacher und gefährlicher Körperverletzung, Nötigung und Bedrohung Verurtheilten von 143.747 Personen im Jahre 1892 auf 178.817 im Jahre 1895 angewachsen ist. Was beweist das? Die Begründung schweigt abermals! Diese Zahlen sollen — wie das famose „aber“ beweist — den Eindruck hervorrufen, daß die Kriminalität in Bezug auf die genannten Delikte steigt, weil die Arbeiter bei ihrer Organisations-thätigkeit, bei ihren Streiks sich besonders zu Rohheiten geneigt zeigen. Die Begründer dürfen das nicht präzise behaupten, weil die Lüge zu offenkundig ist. Sie verdächtigen mit einem „aber“, wo sie zu beweisen haben. „Aber“! Nun, aber die Kriminalstatistik enthält den zahlenmäßigen Beweis, daß jene Verdächtigung haltlos ist. Das mußten die Begründer wissen und deshalb ist es eine Verleumdung! Allerdings läßt sich nicht nachweisen, wie viele Verurtheilungen erfolgten „aus Anlaß von Streikauschreitungen“, doch giebt die Kriminalstatistik wenigstens Aufschluß über die soziale Stellung der Verurtheilten, ob „Selbstständig“, d. h. Unternehmer oder Arbeiter (wobei leider die „Angestellten“ und Arbeiter nicht gesondert sind). Weiß man also die Zahl der Unternehmer und Arbeiter, so kann man berechnen, wie viel Verurtheilte auf je 1000 Unternehmer und Arbeiter entfallen. Wollten also die Begründer nachweisen, daß die Arbeiter sich besonders verbrecherisch erweisen, so hätten sie diese Berechnung mitgetheilt. Sie haben es

nicht gethan. Sie wissen warum! Es ergibt nämlich die Berechnung für die Jahre 1882 und 1895, wo wir über genaue Zahlen der Unternehmer und Arbeiter auf Grund der Berufszählung verfügen, Folgendes: Es wurden verurtheilt von je 1000 Unternehmern und Arbeitern (mit Einschluß der Angestellten) in Industrie und Handel

Delikte	Unternehmer		Arbeiter	
	1882	1895	1882	1895
Beleidigung	3,52	4,12	1,15	1,79
Einfache Körperverletzung	0,88	1,26	0,98	1,38
Gefährliche	1,16	2,39	2,79	4,73
Nötigung und Bedrohung	0,22	0,53	0,20	0,50
Summa	5,78	8,30	5,42	8,40

Wie man sieht, halten sich Unternehmer und Arbeiter in Bezug auf die genannten Delikte so ziemlich die Waage. Besonders in Betracht kommen jedoch die Beleidigungen, Bedrohungen und Nötigungen, weil Körperverletzungen nach wie vor auf Grund des allgemeinen Strafgesetzes verfolgt werden sollen. Und nun muß den Begründern das Malheur passieren, daß in Bezug auf diese Delikte die Kriminalität der Unternehmer eine höhere, als die der Arbeiter ist! Beleidigungen lassen sich die Unternehmer 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Mal öfter zu Schulden kommen, als die Arbeiter. Und die Zahl der wegen Beleidigung Verurtheilten wächst schneller in den Reihen der Unternehmer, als der Arbeiter! Sie stieg bei den Ersteren um 0,60 pro Tausend, bei den Letzteren um 0,34.

Das Delikt der Körperverletzung ist allerdings bei den Arbeitern häufiger. Das erklärt sich leicht: im Affekt schlägt der Arbeiter leicht zu mit dem Handwerksgeräth, das er gerade bei der Hand hat, und nervöse, überreizte Menschen, wie es die Fabrikarbeiter bei der übermäßigen Arbeitszeit sind und sein müssen, gerathen leicht in Wuth. — Vor Allem kommt aber gerade hier in Betracht, daß die „Rechtsgleichheit“ wohl auf dem Papiere, nicht in der Praxis besteht. Bei den sogenannten „Hohheitsverbrechen“, wird der Richter unwillkürlich sich von dem sozialen Vorurtheile leiten lassen, in jedem Arbeiter einen „rohen Patron“ sehen. Was es damit auf sich hat, wird jetzt ja wieder so prächtig illustriert: die höchste Aristokratie Frankreichs stellt Rowdys, die über einen demokratischen Präsidenten herfallen, die österreichischen, italienischen, französischen Parlamentarier schimpfen und raufen wie die Buschmänner. Außerdem hat der „Selbstständige“, der Unternehmer, die Mittel, sich einen tüchtigen Anwalt zu nehmen, der Arbeiter hat sie nicht. Letzteres wird illustriert durch folgende Zahl: 1882 (für 1895 fehlt die Angabe) wurden von den 3473 wegen einfacher Körperverletzung angeklagten „Selbstständigen“ 1583, d. h. 45 pCt., von den 6234 Arbeitern, die dieses Delikt angeklagt waren, wurden aber 80 pCt. verurtheilt: wegen gefährlicher Körperverletzung wurden 75 pCt. der angeklagten „Selbstständigen“, 82 pCt. der angeklagten Arbeiter verurtheilt. — Das ist ein zahlenmäßiger Beweis für die schärfere Handhabung des Gesetzes gegen den Unbemittelten, den Arbeiter. Und trotzdem! Zieht man die allgemeine Kriminalität in Betracht, so ergibt sich Folgendes: Es wurden verurtheilt auf je 100

	Unternehmer	Arbeiter
1882	14,0	17,6
1893	21,2	21,8
1895. mehr als 1882	7,2	4,2

Es ist also — bei allgemeinem Steigen — die Kriminalität der Unternehmer in bedeutend schnellerem Steigen begriffen als diejenige der Arbeiter. Darnach beurtheile man die Vertheilung, welche darin liegt, einige willkürliche Zahlen herauszugreifen, um durch diese den Verdacht gegen die Arbeiter hervorzuheben.

Doch weiter: Die „Begründung“ will den Verdacht erwecken, als seien unter den Arbeitern die organisierten Arbeiter diejenigen, welchen die meisten Gesetzesübertretungen zur Last fallen, als seien die Streiks vor allem Schuld an dem Steigen der Kriminalität. Die Begründung sagt, der Beweis ließe sich nicht direkt führen. Aber indirekt müsse er sich führen lassen. Man braucht nur diejenigen Länder und Provinzen, in denen die Organisation weit fortgeschritten ist, denjenigen gegenüber zu stellen, wo der gewerkschaftliche Kampf noch wenig zum Durchbruch kommt. Die Begründer thun auch das nicht. Wieder: Sie wissen warum! Es ergibt sich nämlich Folgendes: Wenn wir als Beispiele Sachsen (Königreich), Pommern und Schlesien herausgreifen, so ergibt sich: es wurden auf je 1000 der Bevölkerung verurtheilt:

Delikt	in Sachsen		in Schlesien		in Pommern	
	1882	1895	1882	1895	1882	1895
Verurtheilung	1,30	0,74	1,41	1,49	1,09	1,16
Einfache Körperverletzung	0,16	0,09	0,05	0,06	0,51	0,85
Gewaltthätige Körperverletzung	0,77	0,57	0,91	1,08	0,99	1,86
Mißhandlung und Bedrohung	0,09	0,07	0,13	0,43	0,05	0,14
Summa	2,31	1,47	3,10	4,46	2,64	4,01

Diese Zahlen besagen: Das hochindustrielle Sachsen, in dem der Klassenkampf am schärfsten in Deutschland geführt wird, in dem Polizei und Justiz jede noch so harmlose Handlung eines Arbeiters mit wahrer Wuth zu Verbrehen zu stempeln suchen, hat nicht nur unter den drei Ländern die relativ wenigsten Delikte gegen die Person aufzuweisen, sondern, es hat auch allein von den drei Ländern eine relative Abnahme der Verurtheilungen aufzuweisen.

Die höchste relative Zahl der Verurtheilungen weist Schlesien auf, wo die kapitalistische Revolution mit furchtbarer Gewalt arbeitet, ohne daß bisher die Arbeiter sich zur Achtung gebietenden Organisationen aufschwüngen konnten. Pommern, das Dorado der Junker, in welchem die agrarische Bevölkerung noch bedeutend überwiegt, wo nur in den wenigen Städten die Rede sein kann von Streiks, hat eine relativ hohe Zahl der Verurtheilungen aufzuweisen, und eine nahezu ebenso große Steigerung dieser Zahl als Schlesien.

Will man also die gesammten Vergehen und Verbrehen in einen Zusammenhang mit den sozialen Kämpfen bringen, wie es die „Begründung“ thut, dann ergibt sich Folgendes: der revolutionäre Einfluß der kapitalistischen Entwicklung zeitigt eine hohe Reizbarkeit und Nervosität, welche sich in Delikten gegen die Person kundgibt; diese Delikte sind unter den Unternehmern ebenso zahlreich, wie unter den Arbeitern; sie nehmen ab bei den Arbeitern, wo diese zur Erkenntniß ihrer Klassenlage gelangt sind und einen planmäßigen, organisierten Kampf um die Hebung ihrer Klasse führen. — Die Bureaufikalis aber, welche auf höheren Befehl die Begründung des Schandgesetzes, des Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter, ausarbeiten mußten, sie durften es nicht wagen, die Zusammenhänge aufzudecken, welche die Zahlen der offiziellen Statistiken lehren. Sie suchen die Arbeiter, und besonders die organisierten Arbeiter zu verdächtigen und diese Verdächtigung stellt sich an der Hand eben des Materials, auf welches man sich beruft, heraus als eine perfide Lüge, als eine grobe Verleumdung. Es kann auch nicht anders sein: Lüge und Verleumdung, Gewalt, das sind die einzigen Waffen, mit denen die herrschende Klasse und ihre Regierung gegen die Macht der Zukunft, das Proletariat, kämpfen können.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksboten.“)

Berlin, den 12. Juni 1899.

Der Reichstag hatte heute in erster Linie die zweite Verathung des Nachtragsetats für 1899 zu erledigen. Die Sitzung war interessanter, als sich vermuthen ließ. Zwar entfiel die Abfindung der Gebr. Dehnhardt, die auf 150 000 Mk. bemessen wurde, keine längere Diskussion. Um so schärfer waren die Auseinandersetzungen, die sich an die Forderung der Neuanstellung eines vortragenden Rathes im Ministerium des Innern knüpften, und die zwischen den Rednern unserer Partei und dem Grafen Posadowsky stattfanden. Es handelte sich um zweierlei: Zuerst wurde der Herr Staatssekretär vom Genossen Hoch vor die peinliche Frage gestellt, weshalb er der Einladung zum Berliner Bauarbeiterkongress nicht gefolgt sei. Graf Posadowsky sagte feinerweichend über Arbeitsüberbürdung seiner Beamten, außerdem aber erklärte er, Regierungsvertreter könnten nicht in einen Saal kommen, wo sie den entsetzlichen Anblick rother Fahnen an den Wänden genießen müßten.

Bebel, Hoch und Stadthagen erwiderten dem empfindlichen Feinde der rothen Farbe das Nothwendige.

Außer der Nichtbeachtung jener Einladung brachten Bebel und Hoch die geplante Abänderung der Bäckereiverordnung zur Sprache. Hierbei schilderte Bebel die schier ungläublichen Schmutzereien, die der bekannte Würzburger Bäckereiprozess enthält. Solchen Thatsachen gegenüber wagten selbst die eisenstärktesten Vorkämpfer bürgerlicher Ausbeutungsfreiheit nicht den Versuch der Vertheidigung ihrer Schutzbefohlenen zu machen. Selbst der Ehren-Bäckereimeister und Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Herr Vertel, Schwieg, Graf Posadowsky sagte sogar Abhilfe zu. — Die weiteren Verhandlungen über den Nachtragsetat und die sonstigen Punkte der Tagesordnung boten kein besonderes Interesse. Singer verschob angeichts der Geschäftsfrage seine Abrechnung mit dem Postgeneral als Gegner der Koalitionsfreiheit seiner Unterbeamten auf später.

90. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf Posadowsky, Freiherr von Ziehlmann, von Wilow, Leipzig, von Gohler, von Pobjielsky.

Das Geleit betreffend die Gohlfahren für die Veranbarung des Kaiser-Wilhelm-Kanals wird in dritter Lesung ohne Debatte nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Verathung des Nachtragsetats für 1899.

Die Dotation für das archäologische Institut in Rom und Athen wird entsprechend dem Kommissionsantrag in Höhe von 100 000 Mk. bewilligt mit dem Vermerk „einschließlich 20 000 Mk. zur Förderung der römisch-germanischen Alterthums-Forschung in Deutschland.“

Die Abfindung der Gebr. Dehnhardt soll gemäß dem Kommissionsantrag von 100 000 Mark auf 150 000 Mark erhöht werden. Die Gebr. Dehnhardt sollen dagegen auf alle weiteren Ansprüche an das deutsche Reich verzichten.

Dr. Lieber (H.) beantragt, das Dispositiv hier wie folgt zu fassen:

„Für einmaligen und endgültigen Abfindung der Gebrüder Dehnhardt für die seitens des Reichs aus ihrer Thätigkeit im Sultanat Witu bezogenen internationalen Vorthelle gegen ihren Verzicht auf alle Erbschaftspräzedenz an das Reich: 150 000 Mk.“

Nach kurzer Debatte wird der Kommissionsantrag in der Ueberfassen Fassung angenommen.

Im Reichsamt des Innern werden 7 500 Mark für einen neu anzustellenden vortragenden Rath gefordert. Die Kommission beantragt Bewilligung der Forderung.

Bebel (S.): Wir halten es für sehr wünschenswert, daß der hier geforderte neue Beamte sich namentlich der Bearbeitung der Verträge der Gewerbetreibenden widmet. Es hat verlaute, daß eine neue Enquete veranstaltet werden soll darüber, ob die Bestimmungen der bekannten Bäckereiverordnung eingehalten werden können. Die Verträge der Gewerbetreibenden geben absolut keinen Anhalt für die Nothwendigkeit einer solchen Enquete. Auf die Zustände im Bäckereigewerbe hat ein Prozeß, der kürzlich in Würzburg stattfand, das denkbar ungünstigste Licht in lautiärer Beziehung und in Bezug auf die Ausdehnung der Arbeitszeit geworfen. Ich will jetzt auf diesen Prozeß nicht weiter eingehen, jedenfalls hat die Verhandlung bewiesen, daß eine strenge Kontrolle der Bestimmungen der Gewerbeverordnung nothwendig ist.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe mir infolge des Würzburger Prozesses die Akten kommen lassen und werde danach erörtern, ob nicht in der That generelle Verordnungen nothwendig sind, um die sanitären Verhältnisse in den Bäckereien im Interesse des Publikums in höherem Maße sicher zu stellen wie bisher. An eine Abänderung der Bäckereiverordnung kann jetzt noch nicht gedacht werden, weil endgültige Aeußerungen darüber von einem Theil der Bundesregierungen noch nicht eingegangen sind.

Hoch (S.): Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß bei dem letzten Bauarbeiterkongress die Regierung die Entsendung eines Vertreters abgelehnt hat, weil ihre Beamten zu sehr überlastet seien. Wenn die Unternehmer zusammentreten, sind oft genug Vertreter der Regierung dabei und ich bin der Ueberzeugung, daß, wenn der gute Wille vorhanden gewesen wäre, die Entsendung eines Vertreters zu diesem Kongress, bei dem es sich um die höchst wichtige Frage des Bauarbeiterkongresses handelte, sehr wohl möglich gewesen wäre. — Endlich möchte ich den Herrn Staatssekretär fragen, wie es mit dem Material steht, das bis zum 1. April von den Regierungen über die Frage des Bauarbeiterkongresses eingeholt werden sollte. Bis jetzt haben wir darüber nichts gehört.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Die Antworten der einzelnen Regierungen über diese Frage sind zu meinem Bedauern noch nicht vollständig eingegangen. Was die Nichtentsendung eines Regierungsvertreters zum Bauarbeiterkongress anlangt, so sind erstens die Kommissare der Regierung außerordentlich besetzt, dann aber können Sie es auch der Regierung unmöglich zumuthen, daß sie sich auf einem Kongress vertreten läßt, der geschmückt ist mit den republikanischen Abzeichen. Erst dann, wenn Sie nicht immer diese alte Ladedenkmal in die Schaufenster stellen, können wir daran denken, Vertreter der Regierung zu Ihren Kongressen zu entsenden.

Bebel (S.): Die Embleme sollten denn doch den Herrn Staatssekretär nicht abschrecken. Dadurch, daß die rothe Fahne bei den Kongressen aufgehängt wird, werden doch die Verhandlungen noch nicht gefährlich. Uebrigens „alte Ladedenkmal“, mit denen man ein naives Publikum glauben zu können, sind diese rothen Fahnen nicht. Die rothe Fahne kommt an dem Tage zur Geltung, an dem die Grundzüge, die sie zum Ausdruck bringt, zur Verwirklichung gelangt sind, und daß diese Verwirklichung eintritt, werden Sie nicht hindern können. — Ich möchte Ihnen nun noch kurz einige Thatsachen, die in den Würzburger Bäckereien vorgefallen sind mittheilen. Der Bäckereimeister Miß ließ auf den Boden gefallenes schmutziges Mehl wieder verwenden. Derselbe Meister gab seinen Schülern 16 Wochen lang keine frische Bettwäsche. Bei dem Bäckereimeister Willan wurde der Eimer, in dem Milch und Wasser zu Backzwecken geholt wurde, auch zum Händewaschen und Scheuern des Fußbodens benützt. Bei dem Bäckereimeister Stüber — und das ist das stärkste — wurde mit derselben Bürste der Backofen und ein Geschirz gereinigt, das ich nicht nennen will. (Hört! hört! links.) Unter solchen Umständen, meine ich, hat der Bundesrath alle Veranlassung, die Bäckereiverordnung nicht etwa im Sinne der Meister einzuschränken, sondern sie vielmehr im Interesse der Gehilfen auszudehnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Bayrischer Ministerialdirektor Ritter v. Herrmann erklärt, daß er das betr. Material dem Reichstag vorlegen werde, sobald er es von seiner Regierung erhalten habe.

Hoch (S.): Der Herr Staatssekretär hat sich über die rothe Fahne ausgesprochen. Außer dieser war doch nichts Anstößiges da. Ich habe dem Kongress beigewohnt und kann bestätigen, daß die Verhältnisse in der sachlichsten, ruhigsten Weise dargelegt wurden. Woher wußte der Herr Staatssekretär überhaupt, daß die rothen Fahnen aufgehängt würden? In seiner Antwort fand nur, er habe nicht genug Beamte. Das ist eine unwürdige Behandlung der Arbeiter. Diese haben das Recht, den wahren Grund zu erfahren.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky erklärt, daß die Beamten der Regierung vom frühen Morgen bis zum späten Abend

arbeiten müssen, daher wirklich zu überlastet gewesen seien. Und dann: Wollten Vertreter der Reichsregierung, Beamte des monarchischen Staats an Beratungen der antimonarchischen Sozialdemokratie sich betheiligen, so würden sie gegen ihren Dienstverpflichtung und geradezu Verrath begehen. (Verhört! Bravo! rechts.)

Stadthagen (S.): Es war bis jetzt noch der Naturgeschichte nicht bekannt, daß die rothe Farbe eine Wirkung auch auf Menschen ausüben könne.

Präsident Graf v. Kallstrem (unterbrechend): Diese Aeußerung eines Vertreters des Bundesraths gegenüber, war eine durchaus unangemessene; ich rufe den Abg. Stadthagen deshalb zur Ordnung.

Stadthagen (unbeirrt fortfahrend) eine Wirkung, von der man auch gar nicht annehmen konnte, daß sie auch auf die Vertreter der Regierung ausgeübt werden würde. Jedenfalls: in dem Abklageverfahren ist davon nicht die Rede. Da steht als Grund nur der Zeitmangel. Der Kongress war auch nicht nur von Sozialdemokraten besetzt, sondern auch von anderen Leuten, die dort hoffentlich eingesehen haben, daß nur die Sozialdemokraten das Wohl der Arbeiter vertreten können. (Bravo!) Ja, Sie mögen anderer Ansicht sein; der Unterschied zwischen meiner und Ihrer Auffassung ist eben der, daß die Ihrige die falsche ist. (Heiterkeit.) Bezüglich der rothen Fahne will ich den Herrn Staatssekretär darauf hinweisen, daß die rothe Fahne die Fahne der Sozialdemokratie und der Menschenliebe ist. Ich verstehe nicht, weshalb die Aussicht, die Farbe der Menschenliebe zu erblicken, die Regierung von der Vertheidigung eines Kongresses abhalten kann. Weiter möchte ich den Herrn Staatssekretär bitten, von seinem Princip abzugehen und nicht immer nur zu versprechen, sondern auch zu handeln.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Auch aus den Reihen der Sozialdemokratie heraus ist es gerügt worden, daß solche Kongresse immer mit der Propaganda für die republikanische Staatsform verquickt werden. Das war auch nur der Sinn meiner Worte; wir sind stolz darauf, daß das monarchische Deutschland an erster Stelle steht in der Forderung für die Arbeiterklasse. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Thatsache ist, daß der Bauarbeiterkongress mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen wurde. Und wo ein Hoch auf diese ausgebracht wird, da gehört ein Vertreter der Staatsregierung nicht hin. (Bravo! Bravo! rechts.)

Bebel (S.): In Konsequenz seines Standpunktes möchte der Herr Staatssekretär auch dafür sorgen, daß künftig kein Vollgebeamteter mehr in sozialdemokratische Versammlungen kommt. (Heiterkeit.) Ich finde es etwas kleinlich, wenn eine königliche Wache an derartigen Emblemen Anstoß nimmt. Vor allem kommt es doch auf den Gegenstand der Verhandlung an. (Sehr richtig!) Dem Herrn Staatssekretär gefiel der Ton des Abgeordneten Stadthagen nicht und er schreute für das Ansehen des Reichstages im Ausland. Da brauche ich wohl nur an die Verhandlungen des Österreichischen Parlaments zu erinnern. Dort haben bürgerliche Abgeordnete ein Verhalten gezeigt, das bei uns noch nie erbtet war. Der Herr Staatssekretär hat die Verquickung so wichtiger Sachen, wie des Arbeiterschutzes, mit anderen nicht dazu gehörigen Dingen bestrafen. Sie können nicht verlangen, daß die Sozialdemokratie aus ihrer Haut fährt. Die rothe Fahne ist die Fahne der Sozialdemokratie, wie jedes Korps seine Fahne hat — der Herr Staatssekretär hat ja wohl auch zu einem Korps gehört. Die Sozialdemokratie bezweckt einmal auf Grund der bestehenden Ordnung die Lage der Arbeiter zu verbessern; sie bezweckt aber ferner die Umwandlung dieser Gesellschaftsordnung in eine sozialistische (Abg. v. Nordhoff: Republik!) Das versteht sich doch ganz von selbst. Dem Herrn Staatssekretär genügt ferner schon ein Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung, um Regierungsvertreter fern zu halten. Die moderne Arbeiterbewegung ist aber nicht völlig identisch mit der Sozialdemokratie. Sonst hätte man sich wirklich nicht gekümmert, das Hoch auf die Sozialdemokratie auszubringen. Man hat es aber nicht getan, weil noch andere Männer anwesend waren, die nicht auf dem Boden der Sozialdemokratie standen, wohl aber der modernen Arbeiterbewegung angehören. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Die Forderung für den vortragenden Rath im Reichsamt des Innern wird bewilligt.

Die ebenfalls beim Reichsamt des Innern geforderten 20 000 Mark zur Förderung der römisch-germanischen Alterthumsforschung beantragt die Kommission hier zu streichen, da dieser Betrag auf den Etat des Auswärtigen Amtes und zwar zu dem Posten für das Archäologische Institut zu Rom und Athen übertragen worden ist.

Nach unwesentlicher Debatte stimmt das Haus dem Antrage zu. Beim Kapitel „Patentamt“ scheidet

Staatssekretär Graf Posadowsky auf Anregung des Abg. Müller-Sagan (Fr. P.) den Techniker dieser Behörde ein gewisses Uebergewicht über die anderen Beamten zu.

Der Nachtrag zum Marineetat wird debattelos genehmigt.

Zu Theuerungszulagen für Unterbeamte fordert der Nachtragsetat schließend 1 642 250 Mk., darunter für Postunterbeamte 1 355 550 Mk.

Die Kommission beantragt die Bewilligung. Singer (S.) bittet um Auskunft über die Theuerungszulagen bei den Postunterbeamten. Ich kann heute auf das Verhalten des Herrn Staatssekretärs gegenüber seinen Unterbeamten nicht eingehen, will aber nur bemerken, daß sein Vorgehen das gesetzlich gewährleistete Vereinigungsrecht der Beamten Mißbräuch macht. Mit der Bewilligung der Theuerungszulage sind wir vollständig einverstanden, nur hätten wir gewünscht, daß die Summe höher gegriffen und der Kreis der betr. Beamten erweitert worden wäre. Ich frage den Herrn Staatssekretär an, ob er beabsichtigt, auch den Hilfspostboten ihre schwierige Lage zu erleichtern.

Geheimrath Neumann erklärt, daß dies einstweilen nicht in der Absicht der Regierung liege.

Singer (S.) betont nochmals die Nothwendigkeit, auch die nicht festangestellten Beamten ihrer Nothlage zu entreißen.

Staatssekretär v. Pobjielsky bemerkt, daß die diätätisch angestellten Beamten gar nicht so schlecht gestellt seien.

Müller-Sagan (Fr. P.) empfiehlt eine Aufbesserung der Tagelöhner für die Posthilfsboten.

Damit schließt die Diskussion.

Die Forderung wird bewilligt, ebenso der Rest des Nachtragsetats und das Etatsgesetz.

Das Hypothekendarlehengesetz wird in zweiter Lesung en bloc angenommen.

Die Abg. v. Strombeck (H.) und Schrader (Fr. P.) behielten sich für die dritte Lesung Erörterungen vor.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Dritte Lesung des Invalidentenversicherungsgesetzes.)

Schluss 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine freisinnige Todtenklage stimmt die „Voss. Ztg.“ an. Von der Nordsee wird ihr geschrieben, daß dort fast sämtliche ehemals streng freisinnige Blätter aus Rücksicht auf den „Bund der Landwirthe“ parteilos geworden seien, sodaß als einzige geborstene Säule nur noch der „Gemeinnützige“ in Ware

von der geschwundenen Pracht zeuge. Die Todtentage gipfelt in dem Sage: „Wenn die Freisinnigen nicht ganz anders aufpassen, so verlieren sie bei der nächsten Wahl den ersten und zweiten oldenburgischen Wahlkreis.“ — Das ist sehr leicht möglich. Die Freisinnigen haben überall den Anschluss verpasst. Sie schwören auf St. Manchester und sehen dabei nicht, wie sich das Volk von ihnen abwendet, um entweder nach links in's Lager der Sozialdemokratie abzumarschieren oder sich nach rechts zu wenden.

Die Würfel sind gefallen, der Nobelbecher ist in die Erde gestellt worden. Der Gothaer sollen ihren englischen Bringen doch als deutschen Landesvater erhalten. Der Herzog von Connaught will Herzog von Sachsen-Koburg und Gotha werden. Die Londoner „Westm. Gaz.“ tritt der Meldung entgegen, daß der Herzog von Connaught auf die Koburger Thronfolge für sich und seinen Sohn verzichtet habe. Prinz Arthur würde im nächsten Jahre in die deutsche Armee eintreten und jährlich einige Wochen in Koburg und Gotha zubringen. Der Herzog und die Herzogin von Connaught würden während der Lebenszeit des regierenden Herzogs in England wohnen, aber jährlich dem Herzogthum einen langen Besuch machen. — Welche Freude für die Einwohner von Koburg-Gotha. Statt sich damit abzuquälen, wer ihr Landesvater „von Gottes Gnaden“ sein soll, hätten sie übrigens ihren Thron lieber in Submission ausschreiben sollen. Vielleicht hätte es der Oberscharfmacher von Neunkirchen zu halbem Preise gemacht und die Schulden des weiland Schützenkönigs auch noch bezahlt.

Die bekannte Brandkatastrophe eines Warenhauses in Braunschweig, bei welcher mehrere Menschen ums Leben gekommen sind, hat auch dem preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten Veranlassung gegeben, die nachgeordneten Behörden auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, derartigen Gebäuden eine ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und bereits bei der baupolizeilichen Genehmigung solcher Bauten alle diejenigen Forderungen zu stellen, welche geeignet sind, das Vorkommen ähnlicher Vorfälle zu verhüten. Dabei soll überall auf die Herstellung einer hinreichenden Anzahl von Ausgängen und von zweckentsprechend anzulegenden unverbrennlichen, mit massiven Wänden umschlossenen Treppen, welche mit dem Keller nicht in unmittelbarer Verbindung stehen dürfen, sowie auf die feuersichere Umkleidung etwa vorhandener elektrischer Leitungen geachtet werden. Bereits bestehende Warenhäuser sollen auf das Vorhandensein der zur Verhütung von Brandunfällen erforderlichen Einrichtungen hin geprüft, bei deren Fehlen die nachträgliche Herstellung angeordnet werden. Soweit die Bauordnungen keine Handhabe bieten, die hiernach nöthigen Maßnahmen zu treffen, soll auf eine Aenderung derselben Bedacht genommen werden.

**Kleine politische Nachrichten.** Bei der Reichstags-Erswahl im 1. hannoverschen Wahlkreis (Emden-Norden) am 8. d. Mts. erhielten nach amtlicher Feststellung von 15818 abgegebenen Stimmen Graf zu Inn- und Ruypphausen (konservativer Kandidat) 8507 Stimmen, Vigna (N.L.) 7301 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt. Die der „Hann. Cour.“ hbrt, wird gegen die Wahl Ruypphausens wegen zahlreicher ungesetzlicher Wahlbeeinflussungen Protest eingelegt werden. — Die Augsburger Erklärung der Wahl des Abg. Voge (deutsch-sozialistische Reformpartei) macht eine Nachwahl in dem schlesischen Wahlkreis Witna erforderlich. Bei den allgemeinen Wahlen im vorigen Jahre wurden abgegeben für Voge 11118, für den sozialdemokratischen Kandidaten 10007 und außerdem noch 652 freisinnige Stimmen, die absolute Mehrheit Voges betrug also nur 459 Stimmen. Unsere Partei hat die besten Aussichten, den Kreis zu erobern. — Der Bundesrath hielt Montag Nachmittag 2 Uhr eine besondere Sitzung ab, in welcher die Novelle zum Gesetz über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete nach dem Antrage der Ausschüsse, denen sie übermittlein war, angenommen wurde. Die Vorlage geht unverändert dem Reichstage zu, um nach vor dessen Vertagung verabschiedet zu werden. — Der Kolonialrath ist Montag 1 Uhr Nachmittags unter dem Vorsitz des Direktors Dr. v. Buchta im Reichstagsgebäude zu einer neuen Tagung zusammengetreten. Dem Kolonialrath sind u. A. zugegangen der Entwurf einer Verordnung betreffend die Einführung des deutschen Maß- und Gewichtsystems für das südafrikanische Schutzgebiet, die Denkschrift und das Gutachten des Geh. Medizinalraths Prof. Dr. Koch und Oberlehrers Prof. Dr. Köstner betreffend die Errichtung eines tropischen Gesundheitsamts und ein Gesetzentwurf betreffend die Vorbildung der Kolonialbeamten. — Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des Reichsgerichtsraths Dr. Dilschhausen an Stelle Hamms, der zum Präsidenten des Oberlandesgerichts in Köln ernannt wurde, zum Ober-Reichsanwalt. — Das Urtheil des Kriegesgerichts, nach welchem Leutnant Döring vom Infanterie-Regiment 88 wegen des Duells mit dem Studenten Kibelorn 2 1/2 Jahre Gefängnis erhielt, ist nach der „Frankf. Btg.“ vom Kaiser bestätigt worden. D. hat seine Strafe auf der Festung Wesel bereits angetreten. Der Sekundant Leutnant Koeple erhielt 14 Tage Festungshaft, er thut gegenwärtig noch seinen Adjutanten dienst, der zweite Sekundant Leutnant Horn wurde freigesprochen. — Wie der „Frei. S.-A.“ mittheilt, ist gegen den national-sozialen Agitator v. Gerlach ein Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Aufreizung zum Klassenhaß im Gange, das auf die Denunziation eines national-liberalen Fabrikanten aus dem Bundtagswahlkreis, in dem Gerlach durchfällt, eingeleitet worden ist. Gerlach ist bereits vernommen worden, doch ist es noch zweifelhaft, ob das Hauptverfahren eröffnet wird. — Mit 41400 gegen 25800 Stimmen genehmigte der Kanton Zürich ein Volksschulgesetz, welches namentlich die bisher sechsjährige Unterrichtsdauer auf acht Jahre erweitert. Nur die Städte Zürich und Winterthur retteten die Vorlage vor den hauerndblinderlich verhassten verwerfenden Majoritäten aller Landbesitzer. — In Kely (Ungarn) kam es bei der Abhaltung des Kirchweihfestes zu Zusammenstößen zwischen Bauern und Gensdarmen. Letztere machten von der Schußwaffe Gebrauch. Ein Bauer wurde getödtet, fünf schwer verletzt. Viele wurden leicht verwundet. Ein Gensdarm wurde ebenfalls schwer verletzt. — Der König von Italien hat am Sonntag neue Erlasse unterzeichnet, durch welche Strafen für Vergehen gegen die Steuererhebe und gegen die öffentliche Sicherheit sowie Strafen für Desertionen aus der Handelsmarine erlassen werden. Auch für Personen, welche sich der Wehrpflicht in der Armee oder der Marine entzogen haben, ist ein Amnestie-

Erlaß ergangen, der die Jahresschulden 1859 bis 1879 umfaßt. Nach dieser neuen Abschlagszahlung wird dem italienischen Volke nicht genügt. — In der armenischen Wäbchenschaft der Stammbuler Vorstadt Plamala ist folgender Antrag angeschlossen: „Der Augenblick zur Erhebung ist gekommen. Die kritische Frage ist erledigt. Wäge das Blut von 300 000 Armeniern unvergessen bleiben. Armenier, erhebet euch!“ Man glaubt, es handele sich um eine Revolution oder um eine Intrigue eines Agent provocateur. Zahlreiche Personen wurden verhaftet, einige von ihnen aber wieder freigelassen. — Die im Zustande verbreiteter Gerüchte, wonach der dänische Reichstag zu einer außerordentlichen Tagung einberufen werden solle, um anlässlich der großen Arbeitssperre eine Ordnung der Verhältnisse zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern herbeizuführen, entbehren, wie offiziös mitgetheilt wird, jeder Begründung.

### Oesterreich-Ungarn.

Der Inhalt des neuen Ausgleichs-Übereinkommens ist der „Neuen Freien Presse“ zufolge im wesentlichen folgender: Die Dauer der Zollgemeinschaft und des Handelsprivilegiums wird bis Ende 1907 festgestellt. Die neue Organisation der Bank wird sofort durchgeführt. Die Ende 1903 abgelaufenen Handelsverträge sollen nur mit Geltungsdauer bis Ende 1907 erneuert werden, so daß sie gleichzeitig mit der Zollgemeinschaft ablaufen.

### Frankreich.

Der Tag des Grand Prix in Paris. Eine erhabende Demonstration für die Republik und den Präsidenten Loubet fand am Sonntag, als Revanche für den Krawall von Autenil, in Paris statt. Wieder fand ein Pferderennen statt, diesmal um den „Grand prix“, um den „großen Preis.“ Den Kern der Demonstranten bildeten diesmal die zu Hunderttausenden ausgerufenen Sozialisten, welche als Abzeichen eine rothe Blume trugen. Angesichts des Massenaufgebots wagten die Monarchisten und Generalführer sich nicht heraus. Auf dem ganzen Wege vom Essee bis Longchamps wurde der Präsident Loubet in wärmster Weise von der dicht gedrängt stehenden Menschenmenge mit den immer sich wiederholenden Rufen „Es lebe Loubet!“, „Es lebe die Republik!“ begrüßt. An der Kaskade, wo die Menge am dichtesten war, wurden Loubet begeisterte Ovationen bereitet. Als der Präsident auf der Tribüne erschien, ertönte es aus der ungeheuren Menschenmenge wie ein einziger Ruf „Es lebe Loubet!“, „Es lebe die Republik!“; nur ganz vereinzelt wurden einige Rufe „Es lebe die Armee!“ laut. Als die Menge des Wagens Delcassés ansichtig wurde, brachte sie Rufe: „Nieder mit Rochefort!“ „Es lebe Delcassé!“ „Es lebe die Republik!“ „Nieder mit Deroulede!“ aus. Auch den übrigen Ministern, besonders dem Kriegsminister, wurden ähnliche Ovationen bereitet. Ferner wurden stürmische Hochrufe auf Bala und Picquart ausgebracht. Auf dem Rennplatz selbst sind nur einige persönliche Streitigkeiten vorgekommen. Drei Polizeibeamte, die Gegenmanifestanten verhaften wollten, wurden verwundet; von den Verhaftungen sind nur acht aufrechterhalten. Nach dem letzten Rennen leerte sich der Rennplatz langsam, aber ohne Zwischenfall. Vor dem Pavillon Armenonville hatte sich Jaures mit Sozialisten aufgestellt, die die Carmagnole sangen. Als die im Pavillon sitzenden Gäste hierauf mit Hochrufen auf die Armee antworteten, kam es zu einem Zusammenstoß, bei welchem die Polizei gewaltthätig vorging. Um 7 Uhr Abends wurde eine große Menge, die vor dem „Intransigent“ eine große Kundgebung veranstaltete, von der Polizei zurückgedrängt. Es kam zu einem Zusammenstoß, wobei mehrere Journalisten, die übel zugerichtet waren, verhaftet und bis auf Weiteres auf der Polizeiwache gehalten wurden. Auch vor der „Libre Parole“ wurde eine Kundgebung veranstaltet und gleichfalls mehrere Personen verhaftet. Bei darauf folgenden Kumpfeien erlitten mehrere Personen Verletzungen. Die Polizeipräfektur giebt an, im Laufe des Tages wurden etwa 30 Personen verhaftet und etwa 10 Polizisten verwundet. — So hat sich denn der Tag des Großen Preises zu einer friedlichen Massenkundgebung zu Gunsten des Präsidenten Loubet und der Republik gestaltet, und man darf daraus wohl den Schluß ziehen, daß die Nationalisten und die sonstigen Gegner der Revision des Dreyfus-Prozesses wie der gegenwärtigen Republik keinen entscheidenden Einfluß mehr in Paris haben.

Der Rücktritt des Ministeriums Dupuy. Der Tag des „grand prix“ ist nicht vorübergegangen, ohne dem ewig schwankenden Ministerium Dupuy den letzten Stoß zu versetzen. In der Deputiertenkammer brachte Bailant (Sozialist) eine Interpellation ein wegen der von der Polizei begangenen Gewaltthätigkeiten beim Tumult im Pavillon Armenonville. Nebner klagte über die Polizei, welche eine Gruppe, der er angehörte, vor dem Gebäude der „Petite republicque“ angriff und fragte, welche Anweisungen die Regierung der Polizei gegeben habe hinsichtlich ihres Verhaltens den Sozialisten gegenüber, welche die Republik gegen die Reaktion vertheidigten (Beifall auf der äußersten Linken). Dupuy erkannte an, daß der Tag des „grand prix“ ein republikanischer Festtag war, aber für alle Republikaner, nicht für bestimmte Gruppen (Beifall). Es hätten sich Zwischenfälle ereignet können. Die einzige Anweisung, die der Polizei erteilt worden, war die, der Ordnung Achtung zu verschaffen. Der Tumult im Pavillon Armenonville wäre zwischen den Gästen und den Bedienten des Cafés ausgebrochen; dabei seien drei Polizeibeamte verwundet. Er (Dupuy) ordnete an, weil in der Rue Montmartre Gläser und Utensilien oder Buchdrucker auf die Polizeibeamten geworfen, festzusetzen, wen die Schuld treffe. Schon jetzt spreche er der Polizei Anerkennung aus. Wenn man nicht die Achtung vor der Ordnung herstelle, sei jede Regierung unmöglich. (Beifall im Centrum. Widerspruch der äußersten Linken.) Clovis Hugues beklagte sich über das brutale Vorgehen der Polizei gegen eine Gruppe Sozialisten, in deren Mitte er sich befand. Andere sozialistische Abgeordnete sprachen in demselben Sinne. Das Centrum verlangte den Schluß der Debatte, welcher von der Kammer genehmigt wurde. Hierauf wurden drei Tagesordnungen eingebracht, darunter eine von Saumande, worin die Erklärungen der Regierung gebilligt wurden. Mehrere Deputirte beantragten die Annahme einer einfachen Tagesordnung. Dupuy lehnte diese ab und erklärte sich mit der von Saumande eingebrachten einverstanden. Unter großer Erregung wurde zur Abstimmung geschritten und die einfache Tagesordnung mit 338 gegen 219 Stimmen abgelehnt. Die Kammer sprach sich ebenso mit 376 gegen 109

Stimmen dagegen aus, der Tagesordnung Bailants den Vorrang zu geben, worin die Pariser Bevölkerung für die Manifestation begünstigt und die Haltung der Polizei getadelt wurde. Nach längerer erregter Debatte über die Interpellation Bailant, betreffend das Verhalten der Polizei, wurde sodann über die Tagesordnung des Abfalls Ruan zur Abstimmung geschritten, nachdem Dupuy erklärt hatte, daß die Regierung diese Tagesordnung ablehne. Diefelbe lautete folgendermaßen: „Die Kammer ist entschlossen, nur eine Regierung zu unterstützen, welche genehmigt ist, mit Entschiedenheit die republikanischen Einrichtungen zu vertheidigen, sowie die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten und geht zur Tagesordnung über.“ Die Kammer nahm die Tagesordnung Ruan mit 221 gegen 178 Stimmen an, worauf die Minister den Sitzungssaal verließen, um sich nach dem Ufste zu begeben und dem Präsidenten Loubet ihre Demission anzubieten. Die Kammer vertagte sich auf nächsten Montag. — In den Wandbesängen der Kammer wurde das Resultat der Abstimmung lebhaft diskutiert. Man nimmt an, daß Loubet die Demission annehmen und Conrants, den jetzigen Vorkämmerer in Konstantinopel, mit der Neubildung des Cabinets betrauen wird.

Die Wehrheit, von der das Cabinet Dupuy gestützt wurde, bestand aus Radikalen, Sozialisten, der fortschrittlichen Gruppe, dem Lambert-Barthou'schen Flügel der Progressiven und einem Theil der Nationalisten.

Der Polizeipräsident ordnete in Folge der Beschwerden über gewaltthätiges Vorgehen einzelner Polizeibeamten am Sonntag eine strenge Untersuchung an. Die schuldigen Polizisten sollen bestraft werden. Von den am Sonntag Verhafteten wurde etwa ein Duzend in Polizeigewahrsam gebracht. Es wird gegen dieselben wegen Ausstoßens aufrührerischer Rufe, Beschimpfung von Polizeibeamten und Verleumdungen des Präsidenten der Republik Untersuchung eingeleitet werden.

In Nizza wurden Sonntag Abend zwei Jäger-Offiziere verhaftet, die beim Zapfenstreich eine sympathische Kundgebung des Publikums für Loubet und die Republik mit den Rufen: „Es lebe das Meer“, „Nieder mit den Verräthern“ beantwortet hatten. Man brachte die Verhafteten nach dem Polizeiposten und sodann in ihre Kaserne, wo sie internirt wurden.

Der Fall des gräßlichen Komdy Christiani wird immer unterhaltender; nach der grotesken ersten Ausrede behauptete er, er sei in Autenil betrunken gewesen wie ein Eber, und jetzt sucht er sich mit einer dritten, noch erbärmlicheren Entschuldigung herauszulügen; er schützt nämlich vor, er sei plötzlich irrsinnig geworden und habe seine That in diesem Zustande begangen!

### Philippinen.

Vom Kriegsschauplatz. Die vom General Otis ausgeübte Prezensur läßt manche Vorkommnisse auf den Philippinen nicht bekannt werden. Zurückkehrende Freiwillige können daher allerlei neue Geschichten erzählen. So wissen einige neulich eingetroffene Freiwillige aus Montana zu berichten, daß viele amerikanische Soldaten in den Reihen der Rebellen gegen ihre eigenen Landsleute gekämpft haben und zum Theil vielleicht noch kämpfen. General Otis, so heißt es zur Erklärung, habe Befehl erlassen, daß Freiwillige, die ohne ehrenvollen Abschied entlassen worden sind, in Manila keinerlei Anstellung oder Beschäftigung erhalten dürften. Diese Leute sahen sich bald ohne Existenzmittel; die Heimkehr war ihnen nicht möglich, und so ließen sie zu den Philippinos über. Das erklärt die Zeitungsberichte, wonach so viele Weiße in den Reihen der kämpfenden Filipinos bemerkt worden seien. General Otis gab in Folge dessen bekannt, daß Allen, die in das amerikanische Lager zurückkehren, volle Amnestie und die Mittel zur Heimreise gewährt werden würden. Daraufhin kamen Viele zurück, doch eine Anzahl soll bei den Filipinos, bei denen es ihnen gut gefällt, geblieben sein.

### Lübeck und Nachbargebiete.

13. Juni.

**Achtung! Alle thätigen Genossen werden dringend ersucht, sich heute Abend um 6 1/2 Uhr im Vereinshaus einzufinden zwecks Entgegennahme von Flugblättern. Kein Mann darf fehlen!**

Die Bürgerschaft nahm gestern die Mehrzahl der Senatsanträge, wie vorauszusehen war, debattelos an. Bezüglich der Verbreiterung der Holstenstraße wurde von Herrn Hahn gerügt, daß wiederum vier kleine Häuser an der unteren Ecke errichtet werden sollen. Herr Senator Dr. Fehling erklärte, das liege an dem Widerstande der Hausbesitzer, die ihren Besitz nicht hergeben wollten; doch sei eine Verständigung nicht ausgeschlossen. Eine längere Diskussion entspann sich über den Antrag betr. Beschaffung billiger Bauplätze für Arbeiterwohnungen. Herr Coleman, dessen Spezialfach diese Frage ist, legte in knappen Umrissen den Umfang und die Ursache der hier in Lübeck herrschenden Wohnungsnoth dar. Was er in dieser Hinsicht vordrachte, war zwar nicht neu, es war aber durchweg zutreffend und angebracht. Unter Zustimmung zur Senatsvorlage suchte Nebner schließlich Zustimmung zu machen für ein Staatsdarlehen von 100 000 Mk. an den gemeinnützigen Bauverein. Er hatte das Vergnügen, von Herrn Senator Eschenburg zu hören, daß der Senat dem Wunsche sehr freundlich gegenüberstehe, wenn gleich er die Kräfte des Bauvereins nicht überschätze. Der Senat hofft, durch massenhaften Bau von Arbeiterwohnungen ein großes Angebot und dadurch ein Sinken der Mietpreise zu erzielen. Ob diese Rechnung stimmen wird? Wir haben unsere Zweifel bereits schon früher klargestellt. Das genannte Senatsmitglied kündigte weiter noch beiläufig an, daß ein Wohnungsaufsichtsgesetz schon in nächster Zeit der Bürgerschaft zugehen werde. Herr

Dr. Siehl bemängelte mit Recht, daß der Senat keine Wasserleitungen und Wasserwerke für die geplanten Wohnungen vorgezogen habe. Unter wirksamer Berufung auf den Tuberkulose-Kongress legte er die Nothwendigkeit dieser Einrichtungen klar, gleichzeitig das in Aussicht gestellte Gesetz aus sanitären Gründen lebhaft bekräftigend. Herr Senator Eschenburg vertrat kurz den seltsamen Standpunkt des Senates. Die darauf folgenden Ausführungen des Herrn Wrecht bewiesen so recht klar, wie schwierig es unter den heutigen Verhältnissen ist, etwas Brauchbares zu schaffen. Er machte fast genau dieselben Bedenken gegen die Vorlage geltend, die wir vor einigen Tagen erhoben. Er fürchtet mit Recht, daß nichts Geschehendes bei der Geschichte herauskommen wird, verfällt dann aber in den Fehler, die sogenannte „gemeinnützige Thätigkeit“ zu überschätzen. U. E. giebt es nur zwei Wege, auf denen etwas Ersprießliches erzielt werden kann. Entweder der Staat spielt selbst Unternehmer oder er beschäftigt, weil selbst unfähig dazu, die Arbeiter-Organisationen. Zu beiden wird er sich aber wohl nicht entschließen. Das genügt uns, auch weiterhin das pessimistische Abwarten zu beobachten. Herr Schorer stellte den Antrag, daß die Wohnungen mit Wasserleitung und Wasserlosetz versehen werden sollen, darauf hinweisend, daß deren Einführung doch bald obligatorisch werden müsse. Nach längerem Hin- und Herreden wurde die Vorlage und der Antrag Schorer angenommen. Wir werden nun ja sehen, was geschieht; hoffentlich sehen wir die erste Arbeiterwohnung noch vor dem ersten Adfahrexweg!

**Verhütung.** Das Polizeiamt macht uns darauf aufmerksam, daß bei ihm vom Arbeiter-Adfahrer-Verein die Erlaubnis zur Mitführung einer Musikkapelle bei dem Corso überhaupt nicht nachgefragt worden ist. Unsere Angabe beruht auf einem Mißverständnis. Im Uebrigen ist z. B. bei der Matinee den Gewerkschaften das Marschiren zum Sammelplatz mit Musik durch die Stadt nicht gestattet worden, es wäre also auch im vorliegenden Falle eine ähnliche Anordnung des Polizeiamtes nicht ausgeschlossen gewesen.

Die lokalorganisirten Berliner Maurer müssen dem Amtsblatt als Handlanger zur Begründung der Zuchthausvorlage dienen. Im Gegensatz zu den an Zahl weit stärkeren Zentralorganisirten haben sie nämlich beschlossen, in diesem Jahre von einer Lohnbewegung Abstand zu nehmen. Daraus wird gefolgert, daß der Streik ein Werk von „Hehern“ sei, denen das „elende Gewerbe“

gelegt werden müsse. Eine Logis, deren sich ein Hottentotte schämen würde!

— Eine stark besuchte Versammlung der Handels-, Verkehrs- und Transport-Hilfsarbeiter tagte gestern Abend im Lokale des Herrn Decke. Genosse Schumann-Berlin legte in einem instruktiven Referate die Mißstände in den betheiligten Berufen und den Nutzen der Organisation überzeugend klar. In der Diskussion wurden seine Ausführungen durch eine Anzahl Redner treffend ergänzt. Einstimmig ward beschlossen, eine Bahnhofsstelle des Verbandes zu errichten. Zur Aufnahme meldeten sich vorläufig 46 Personen. In einer weiteren demnächst stattfindenden Versammlung, in welcher ein Kollege aus Hamburg sprechen wird, soll die Konstituierung der Bahnhofsstelle erfolgen. Die organisirten Arbeiter werden gebeten, alle Interessenten darauf aufmerksam zu machen, damit die neue Organisation gleich mit einer stattlichen Mitgliederzahl in's Leben gerufen werden kann.

Aus dem Senate. Während der Abwesenheit der Senatoren Behn und Vertling führt Senator Decke den Vorsitz in der Leihhausbehörde.

ph. Ein Gardinenbrand, welcher ohne Hilfe der Feuerwehr gelöst werden konnte, entstand am Sonntag Vormittag im Hause Fischergrube 22.

ph. Eine Schlägerlei fand am Sonntag Vormittag an der Obertrave statt. Die Betheiligten bearbeiteten sich mit Beil und Hammer derart, daß der Polizeiarzt in Funktion treten mußte.

ph. In Hast geriethen zwei Bettler und drei Trunkene.

Groß-Paris. Das Verbandsfest der freiwilligen Feuerwehren des Fürstenthums fand am Sonntag hierselbst statt. Das Dorf hatte sich reichen Schmuck zu Ehren der Gäste angelegt. Bei der Spritzenprobe wurden mehrere undichte Schläuche gefunden. Selbst wurde auch in anderer Weise kräftig. Leider mußten manche Teilnehmer die Empfindung mit nach Hause nehmen, als gedenke man die rein praktischen Zwecken dienenden Wehren auch anderen Zielen dienlich zu machen. Das wäre ihr Ruin. Die Klagen gegen sie haben mit dem Schutze von Hab und Gut vor Feuergefahr nichts zu thun, und wer sie in die Verbände hinein trägt, der spielt mit dem Feuer. Den rekrutenmäßigen Patriotismus sollte man billiger Weise seinen Vätern — den Kriegervereinen — überlassen.

Witter. Material zur Zuchthausvorlage. Die Arbeiter der Lederfabrik von Fall u. Schütt, welche vor Kurzem einen Streik erfolgreich durchführten,

finden sich seit einiger Zeit wieder in einem von den Fabrikanten provozirten Abwehrstreik. Diesen zu Schanden zu machen, hat eine andere Fabrik, Gebr. Böhme, ihre sämtlichen Arbeiter bis auf 25 Mann ausgesperrt.

#### Briefkasten.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen werden nicht beantwortet.

Zwei Streitende. Was steht in der Bibel? Montag.

#### Sprechsaal.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

(Eingefandt.)

#### Eine Bitte

wird an uns gerichtet. Der seit 1868 von Albed, seit 1870 von Deutschland abwesende Wilhelm Lauterly bittet auf diesem Wege seine hier geborenen Töchter Kamilla und Elisabeth, ihm Nachricht über ihre Lage u. s. w. zukommen zu lassen. Seine Adresse ist: Paris, Texas, Amerika, Grand Avenue 207.

#### Quittung.

Für die ausgesperrten Dänen gingen ein:

Bisher quittirt	801,70 Ml.
Bauerbeiter Stodelbors	10,— Ml.
W. H.	1,— Ml.
Bergarbeiter Nischmanns Wiedestraße	3,35 Ml.
Bildhauer Albeds	25,— Ml.
Gesammelt bei Franz Schulz	4,95 Ml.
C. S.	1,— Ml.
B.	0,50 Ml.
Seinneggen Albeds	15,— Ml.
Klempner Albeds, 1. Rate	14,20 Ml.
<b>Summa</b>	<b>876,40 Ml.</b>

Davon bisher abgehandelt in fünf Raten . . . 793,45 Ml.

Bleibt Bestand 82,95 Ml.

Weitere Gelder nimmt entgegen:

Redaktion des „Albeder Volksboten“  
Johannstraße 60.

**Tivoli-Theater.** Als vollständige Vorstellung zu haben Breiten wird Mittwoch Abend Rosenthal's sehr ansprechendes Volksschauspiel „Deborah“ gegeben. Fel. Luge, die neulich als „Maria Stuart“ große Erfolge erzielte, wird die „Deborah“ spielen. — Am Donnerstag findet eine nochmalige Wiederholung der Ausstattungsposse „Fuhrmann Henschel“ statt. Der Erfolg, den die Posse am Sonntag errang, dürfte auch bei der Wiederholung nicht ausbleiben. — Am Sonnabend findet wieder eine Schiller-Vorstellung statt und zwar wird Schillers „Wilhelm Tell“ gegeben werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Albeder Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Anlässen sich auf unser Blatt zu berufen.

#### Danksagung.

Für die vielen Glückwünsche und Aufmerksamkeit aus Anlaß unserer Silbernen Hochzeit dankt herzlich  
T. Schumaker u. Frau, geb. Ockerhausen.

#### Danksagung.

Ich danke den Lastknechtarbeiten für die mir zu Theil gewordene Unterstützung.  
Ang. Matzen, Lastknechtarbeiter.

#### Logis für einen Mann

Untertrabe 10, 2. Et.

#### Eine Wohnung zu vermieten

von 2 Stuben und Küche Untertrabe 60.

Ein Logis nach vorne zu vermieten an einen jungen Mann  
Friedenstraße 54, 2. Et.

Gesucht zum 1. October eine Wohnung für ruhige Leute mit einem Kind zum Pr. bis zu 150 Ml. Offerten unter AS an die Exped. d. Bl.

Gesucht ein Dienstmädchen, ein Hausbursche bei gutem Lohn.  
Th. Kruse's Gasthaus, Untertr. 60.

#### Zu verkaufen ein Kanarienhahn

Meierstraße 20.

#### Zu kaufen gesucht eine gute Ziege.

Offerten mit Angabe des Preises und des Alters unter CD 19 an die Exped. d. Bl.

#### Eine starke Scheidenschleibkarr

zu verkaufen Sebanstraße 10.

Guterhaltener hochf. Herrenrad soll sofort billig verkauft werd. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen ein gutes starkes Fahrrad für 60 Ml., eine gebrauchte Waschmaschine, billig  
Rakeburger Allee 40.

#### Ein guterhaltener Kinderwagen

zu verkaufen Glockengießerstraße 64/9.

#### Verloren eine weiße Turnhoje

vor einem Knaben am Sonnabend Nachmittag. Abzugeben Ernestinenstraße 6a.

# Öffentliche Protestversammlung

am Mittwoch den 14. Juni 1899

Abends 8 1/2 Uhr

im Lokale des Herrn Dürkop, Central-Hallen.

Tages-Ordnung:

## Die Zuchthaus-Vorlage.

Referent: Reichstags-Abgeordneter C. F. Zubeil-Berlin.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersuchen

die Vertrauenspersonen.

### Wirklich starke Sommer-Jacketts und Hosen

sowie sämtliche Arbeiter-Garderoben und Leinwandwaren empfiehlt

### Carl Herm. Mich. Stave

4 Weiter Krumbuden 4, zwischen Markt und Marienkirche.

Gegründet 1821.

### Hansa-Halle. Vogelschiessen, Concert und Ball.

Anfang des Schießens 10-1 Uhr und 3 Uhr Nachmittag, Concertanfang 5 Uhr. Restauration à la carte. Ballanfang 8 Uhr.

**Messer u. Scheeren**  
schleift und reparirt  
**H. Hentschel**  
32 Hürstraße 32.

Eine Wittwe empfiehlt sich z. Einheiten (Sonntags und Abends) Drögstraße 19, 2. Et.

Eine junge ordentliche Frau wünscht einem Kinde zwei bis drei Mal täglich die Brust zu geben. Näheres  
Langer Vohberg 18, 3. Et.

Kinderl. Chelente wünschen ein Kind gegen einmalige Vergütung als eigen anzunehmen. Angebote unter US an die Exped. d. Bl.

### Geräth. Vorderhinken

zum Hoheffen, eine eigens für diesen Zweck bestimmte Sorte, langsam und fest geräuchert und sehr mager, Pfd. 52 Pfg., Vorderhinken zum Kochen, Pfd. 50 Pfg., schönen festen durchwachsenen Speck Pfd. 70 Pfg., fetten Speck Pfd. 70 u. 55 Pfg., hier geräuch. Carbonadenstücke Pfd. 65 Pfg., frische Eier, beste, 18 Stk. 60 Pfg., zweite, 7 Stk. 30 Pfg., geräucherte Landweitzwurst Pfd. 100 u. 110 Pfg. In Wettrufe führe ich keine fremde Waare. Außerdem empfehle ich keine sonst bekanten Artikel bestens  
J. F. D. Götke, Hürstraße 26.

Großer Posten Waschbalgen jeder Größe, Waschböcke, Eimer und sonstige Küchenartikel

empfehle zu äußerst billigen Preisen  
F. Wichmann, Hürstraße 46.

Müthbare Chelente wünschen ein Kind in Kost u. Pflege zu nehmen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

## Achtung! Bauarbeiter!

Umstände halber findet die nächste Mitglieder-Versammlung erst am Freitag den 23. d. M. statt.  
Die Ortsverwaltung.



## Arbeiter-Turn-Verein.

## Versammlung

am Mittwoch den 14. Juni.

Wichtiger Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

Der Vorstand.

## Tivoli-Theater.

Mittwoch den 11. Juni.  
5. große volkst. Vorstellung zu halben Preisen.  
**Deborah.**

Schauspiel in 5 Akten.  
Rassendöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

## Das neueste Meisterstück der deutschen Kolonialpolitik.

„V. Wenn Bismarck in seiner Rede vom 11. Januar 1887 kurzweg von den Karolinen als einer „Univerie“ spricht, so hatte er ganz recht. Aber wenn die „Meine Erzelenz“ Windthorst ihm vorwarf, daß er wegen dieser Lumperei leicht einen Krieg anzettelt hätte, so war das nicht minder richtig. Die Geschichte spielte sich folgendermaßen ab. Am 6. August 1885 wurde vom deutschen Vorkämpfer der spanischen Regierung erklärt, Deutschland würde die Karolinen annektieren; am 19. desselben Monats proklamierte Spanien, am 1. September wurden dem deutschen Konsul in Madrid die Fenster eingeworfen, die Spanier waren halt ungehalten; sofort begann die Kriegsbekämpfung in der „Norddeutschen“, und die Kriegsschiffe wurden in Stand gesetzt; doch gelang es, ein Schiedsgericht anzurufen, wo durch die Valgerei vermieden wurde. Das Zentrum hatte also durchaus recht, wenn es damals die Regierungspolitik festnagelte. Jetzt freilich ist nicht daran zu denken, daß die um Lieber ein Wort des Protestes finden. Und zwar aus folgenden Gründen: Das Zentrum rühmt sich ganz besonders, die Mottenvermehrung durchgebracht zu haben, womit es auch seine Mächtigkeit hat; dadurch haben sich Lieber und Konsorten nicht nur den Dank Wilhelm II. erworben, sondern auch den Dank der Großindustriellen, die am Schiffbau beteiligt sind und beim Bau der neuen Schiffe ein Bombengeschäft machen. Aber das Geschäft verlangt, daß die freigebige Hand auch fernerhin offen bleibe.

„Eine im letzten Tempo anhaltende Vermehrung unserer Kriegsstärke.“ Das ist, wie wir neulich nach der „Kriegszeitung“ meldeten, der Wunsch der Schiffbau-Interessenten! Und unter diesen Interessenten befinden sich die Kruppe, Stumm usw. Im Parlament wird Stimmung gemacht, und die Zentrumspolitiker sind von diesen Mächtigen abhängig. Was aber kann sicherer dazu führen, „das Tempo der Vermehrung unserer Kriegsstärke“ zu verewigen, als der Kolonialtumult? Ergo — das Geschäft wird gemacht, die 17 Millionen werden verappt und in kurzem kommt die neue Mottenvorlage, auf daß es wohlgerathe den Kruppe, Stumm und Konsorten.

Die Karolinen bleiben deshalb eine Lumperei und Ladvonei, Marianen, oder wie der eigentliche Name lautet: die Diebestinseln, nicht minder. Es sind absolut unbrauchbare Flecken, selbst vom kapitalistischen Standpunkte aus, wofür der beste Beweis daran liegt, daß die Amerikaner ruhig diesen Schmarren liegen lassen, obwohl sie ihn jeden falls billiger als Herr von Bismarck hätten haben können.

Was die Karolinen anbetrifft, so sind sie sogar heute weniger werth als damals, wo Bismarck so richtig urtheilte. Der gründlichste Kenner dieser Inselgruppe, der namhafte Ethnologe K u b a r y stellt nämlich fest, daß die Bevölkerung der Inseln allmählich, aber unaufhaltsam aussterbe; zum Theil in Folge der verheerenden, durch das Malaria bedingten Krankheiten, zum Theil in Folge der sozialen Verhältnisse, die höchst verderbliche fernelle Beziehungen nach sich ziehen. Einige Distrikte, für die Kubary Biffern ermitteln konnte, wiesen Folgendes auf: Bei einer Bevölkerung von 100 Seelen fanden 58 Todesfälle und nur 7 Geburten statt. — Die Diebestinseln wiederum werden von beständigen Erdbeben heimgesucht.

Man sieht also, selbst vom rein kapitalistischen Standpunkte ist es ein miserables Geschäft, für die Inseln den genannten Preis zu zahlen. Wir haben es hier eben auf der einen Seite mit einem Ausfluß der uferlosen Ventespolitik zu thun, die vor keinem Wahnsinn mehr Halt macht, die von krankhaftem Größenwahn beherrscht, mit listernen Augen nach jeder Sandbahn hinschleift, die zu okkupieren wäre. Auf der anderen Seite mit einer wohlberedelten, ansgefeimten Ventespolitik einer mächtigen Interessengruppe,

die sich diesen Wahnsinn zu Nuge macht, um ihre Geschäfte zu fördern.

Jedoch, es kommt überhaupt nicht darauf an, ob die Inseln werthvoll sind oder nicht, ob der Preis ein hoher oder ein geringer ist: Selbst wenn man der deutschen Regierung beide Indien und alle Goldländer der Erde um ein Butterbrot anbieten wollte, selbst dann würden wir gegen die Erwerbung Protest erheben auf Grund unseres Parteiprogramms. Kolonialer Besitz, ob werthvoll oder nicht, ob theuer oder billig erworben, ob gut oder schlecht verwaltet, ist und bleibt stets ein Mittel zur gesteigerten Ausbeutung des fremden und des eigenen Volkes durch die kapitalistischen Unternehmer; er ist ein Mittel, die Schreden des Kapitalismus, die Ueberproduktion, die Krisen, den Militarismus zu fördern, er ist heutzutage ein Mittel, den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems ja her, verhängnisvoller zu gestalten, er führt zur Katastrophe. Wir Sozialdemokraten wollen diesen Zusammenbruch, erwarten ihn, aber uns liegt daran, ihn zu mildern, den Uebergang zu einer neuen Ordnung möglichst bald, aber auch möglichst schmerzlos zu gestalten. Deshalb sind wir, die Sozialdemokratie, die Partei des Proletariats prinzipiell gegen alle und jede koloniale Ausbeutung. Es wäre wünschenswerth, daß dieser Standpunkt unabhängig von der Beurtheilung des Werthes oder Unwerthes der Karolinen und der Diebestinseln von der sozialdemokratischen Fraktion zum Ausdruck gebracht werde.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks- und Lohnbewegungen.** Die Harburger Facharbeitergehilfen haben den Meistern einen neuen Vorschlag unterbreitet, der einen Minimallohn von 55 Pf. für Ueberstunden 60 Pf. und Thurmarbeit 80 Pf. pro Stunde verlangt. Bezug ist vorläufig fernzuhalten.

Der in Dresden drohende allgemeine Streik der Stollkateure wird wahrscheinlich nicht zum Ausbruch kommen, da die Arbeitgeber im letzten Augenblick die meisten Forderungen der Gehilfen bewilligten. Die Maurer Darmstadt's haben beschlossen, am Montag (gestern) in einen Streik einzutreten. Ein Theil hat die Arbeit bereits Sonnabend niedergelegt. Die Unverheiratheten verlassen Darmstadt. Die Nichtorganisirten haben sich mit den Organisirten solidarisch erklärt. Die Zimmerleute werden den Streik dadurch unterstützen, daß sie für Vanten, auf denen Arbeitswillige arbeiten, keine Arbeit verrichten. — Die Bäcker Arbeiter Nürnberg's unterbreiteten den Meistern folgende Forderungen: Minimallohn in Abstufungen von 10, 8 und 6 Mk. wöchentlich, Entschädigung von 50 Pf. für Frühstück- und Abendessen, drei freie Tage im Jahr (an den drei hohen Festen), Bezahlung der durch die Bundesraths Verordnung gestatteten Ueberstunden mit je 30 Pf. Bezahlung von Schlafstellen, die den sanitären Anforderungen entsprechen. — In Kischinew (Südrussland) ist seit dem 31. Mai ein Streik von 400 Bäckergehilfen im Gange. Sie fordern die Einführung von zwei Schichten — einer Tages- und Nachtschicht und eine Lohnhöhung.

Zuerst hatten sie ihre Forderungen in einer Petition an den Gouverneur dargelegt, dieser überwies die Petition dem Magistrat zur Beschlußfassung. Da der Magistratsbeschuß den Wünschen der Arbeiter nicht entsprach, stellten die Bäckergehilfen die Arbeit ein.

Aus Stuttgart geht uns folgender Aufruf mit der Bitte um Abdruck zu:

Der Streik der Stuttgarter Möbelarbeiter dauert unverändert fort. Die Forderungen sind bereits von einer größeren und drei kleineren Firmen bewilligt worden, was diese können, das können die anderen auch. Bei den übrigen Fabrikanten handelt es sich auch nicht allein um die Bewilligung der gestellten Forderungen, sondern darum, daß sie die Macht haben, den Forderungen entgegenzutreten. Sie

bieten Alles auf, um die größten Schwierigkeiten zu machen. Zuerst wurde versucht, die Klavierfabrikanten zu bewegen, ihre Arbeiter auszusperrten, um so einen gewaltthätigen Druck auf uns auszuüben, damit wir von unseren Forderungen abstecken sollten. Die Klavierfabrikanten haben sich aber zu dieser Maßregel nicht hergegeben. Mehr Glück hatten die Möbelfabrikanten bei den Schreinermeistern. Diese haben in Folge der fortgesetzten Hebe von Seiten der Fabrikanten beschlossen, ihre Arbeiter am Sonnabend den 10. Juni auszusperrten, wenn bis dahin die Streikenden nicht wieder an die Arbeit gegangen sind. Diese Aussperrung wird zwar auf den Streik nicht schädlich wirken, aber sie beweist, mit welchen verwerflichen Mitteln der Kampf geführt wird. Die Streikenden werden sich dadurch nicht im Geringsten einschüchtern lassen. Im Gegentheil! Jetzt erst recht werden die Streikenden Alles aufbieten, um ihre Forderungen durchzusetzen. Die Streikenden stehen heute, in der fünften Streikwoche, ebenso einig und geschlossen zusammen, als am ersten Tage des Ausstandes. Trotz aller Lockungen und Drohungen von Seiten der Fabrikanten ist noch keiner zum Streikbrecher geworden, so wird es auch bleiben, mag der Streik noch so lange dauern. An die Arbeiterschaft richten wir die dringende Bitte, uns nach jeder Richtung hin thätig zu unterstützen. Insbesondere ist es notwendig, daß der Bezug nach Stuttgart streng ferngehalten wird. Aus verschiedenen Orten haben wir in Erfahrung gebracht, daß das Gerücht verbreitet wird, unser Streik sei beendet. Es ist dieses nur eine Machenschaft der Fabrikanten und der ihr ergebenen Presse. Unser Streik wird erst dann beendet sein, wenn die Forderungen bewilligt sind, früher nicht. Wenn dieser Zeitpunkt gekommen ist, dann werden wir die Beendigung des Streiks selbst bekannt geben. Bis dahin bitten wir dringend, jeden Bezug von Schreineren, Drechselern, Polirern und Maschinenarbeitern streng fernzuhalten. Ferner bitten wir darauf zu achten, daß in keinen Fabriken und Werkstätten Arbeiten für die Stuttgarter Möbelfabriken gemacht werden. Sollte dergleichen vorkommen, dann bitten wir die Arbeit zu verweigern und sofort an uns zu berichten.

Die Streikkommission.  
Adresse: G. d. Steinbrenner, Gewerkschaftshaus, Ehlingerstr. 17/19.

**Die Massenausperrung in Dänemark.** Die vereinigten Unternehmer haben sich nun doch entschlossen, sich der Entscheidung des „Gemeinusschusses zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten“ zu unterwerfen, es soll aber eine Ergänzung desselben stattfinden. Infolge dessen haben sowohl der Arbeitgeberverein, als die „Vereinigten Fachverbände“ je drei weitere Vertreter erwählt. In Odense haben die ausgesperrten Zimmerleute durch ihren Fachverband die Uebernahme von Arbeiten organisiert. Glücklicher Weise hatte eins der Verbandsmitglieder sich am Tage vor der Aussperrung Holzmaterial in Masse bestellt, das auf Grund der Abmachung jetzt ausgeliefert werden mußte, obwohl der Arbeitgeberverein es hindern wollte.

**Aufruf an die sozialdemokratischen Vertrauensleute Norddeutschlands.**

Genossen! Wie alljährlich so auch dieses Mal wenden wir uns an Euch. Alljährlich, wo polnische Arbeiter beschäftigt sind, muß wieder Agitationsmaterial in der ihnen verständlichen Sprache verbreitet werden. Wir haben für die polnischen Arbeiter ein Flugblatt herausgegeben, und eruchen Euch nun, uns mitzutheilen, wie viel davon Ihr nötig habt.

Genossen, scheuet nicht zurück vor der Euch durch Eure Pflicht aufgelegten Arbeit und verbreitet dies Flugblatt so, daß jeder polnische Arbeiter in Eurem Bezirk ein solches erhält. Unsere heiligste Pflicht ist, Aufklärung unter die noch rückständigen Schichten der Arbeiter zu tragen. Je ver-

## Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(43. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Einen Monat später brachte der Jude die Cessionen-Urkunde, kraft welcher jener Maguat seiner brüderlich geliebten Freundin das schöne Gut Rossow abtrat. Herr Bogdan presste die Hand auf sein stämmich klopfendes Herz, verscherte, es klopfe im Viertel-Tact „An-to-ni-a“, machte der Dame seine Aufwartung und fand sich dann bald täglich ein. Zu einer Erklärung kam es jedoch vorläufig nicht. Echte Liebe macht befangen. Herr Bogdan faste erst dann den Muth, die Gluthen seines Herzens in Worte umzusetzen, nachdem ihm der Jude einen Brief überbracht, worin sich jener Maguat auf Ehrenwort verpflichtete, dem Herrn Bogdan Antoniewicz binnen einem Jahre nach seiner Vermählung mit Fräulein Antonia v. Kulczyka ein österr. reichliches Adelsdiplom zu verschaffen. Nun folgte die Verlobung und rasch darauf die Hochzeit.

Es wurde natürlich eine Muster-Ehe, denn wenn man jene Ehen als glücklich preist, welche gleichermäßen auf Liebe und Achtung fundirt sind, so war diese entschieden eine der glücklichsten. Die Liebe dieser beiden Gatten war gewiß nicht geringer, als die Hochachtung, welche sie für einander empfinden mußten. Einige Monate später wurde Herr Bogdan durch ein Adelsdiplom überrascht und bald auch durch ein blondes Töchterchen. Dies Alles hinderte nicht, daß das edle Paar allmählich Zutritt zur Gesellschaft seines Kreises gewann. Denn Frau Antonia war sehr hübsch, Herr Bogdan sehr reich. Zuerst fanden die Junggeheilen und die Offiziere das Haus sehr angenehm, und dann die übrige Nachbarschaft. Das wahrte so fort; Frau Antonia wurde freilich nicht hübscher, aber Herr Bogdan immer reicher. Er besaß nun drei große Güter und außerdem stattliche Kapitälen, mit denen er emsig wucherte.

Das waren die künftigen Schwiegereltern des Herrn Hajek. Wer sie kannte, mußte zugeben, daß sie alle Drei einander werth waren. Und nicht minder galt dies von dem jungen Paare selbst. Bogdan v. Antoniewicz hatte seiner Wanda eine Erziehung geben lassen, wie sie für die Tochter eines polnischen Edelmanns paßte. Sie erhielt ihre intellektuelle Ausbildung durch eine Pariserin, die ihr etwas Französisch und einiges Claviergeschlimper beibrachte und durch einen Warschauer Emigranten, der sie freilich nur in der einzigen Wissenschaft unterrichtete, die er selbst kannte, im polnischen Patriotismus. Das war zwar nicht viel, aber gerade genug. Wanda sollte eine echte und rechte Polin werden. Und nun male man sich das Entsetzen ihres Vaters aus, als sie ihn eines Tages mit dem Beweise überraschte, daß sie gut österr. geistig sei. Der junge Offizier war längst in eine andere Garnison veretzt worden und Herr Bogdan begab sich auf die Suche nach einem passenden Ehdam. Einen Schurken wollte er nur im Nothfall nehmen, ein Dummkopf war ihm lieber. Zu der That war er so glücklich, den Grafen Agenor Koninski zu finden. Das war in jeder Beziehung der richtige Mann. Erstens stammte er aus einem uralten Geschlechte, zweitens sah er bereits so völlig auf dem Trocknen, daß er das Anerkennen Bogdan's mit Freuden annahm, und drittens war er ein gutmüthiger Bursche, der seine Frau in keiner Weise geirte. „Koninski“ ließe sich zu Deutsch etwa mit „Pferdemann“ übersezen. Wie hat ein Name besser gepaßt, sogar seinen Tod fand der Graf durch Pferde. Er verunglückte bei einem Rennen.

Die junge Gräfin-Wittve wußte, was sie ihrem Namen schuldig sei; sie wendete ihre Sympathien von der k. l. Armee ab und dem polnischen Adel zu. Aber die Achtung ihrer Standesgenossen gewann sie sich hiedurch nicht zurück. Das Geschlecht derer von Antoniewicz hatte nachgerade selbst jene weiten Schranken, welche diese Gesellschaft ihren Gliedern bezüglich ihrer Lebensführung setzt, überschritten. Zur Zeit,

da sich Hajek in Kolumen einlebte, empfing Herr Bogdan in seinem Hause trotz seines Reichthums nur noch eine kleine, aber gewählte Gesellschaft; anständige Leute kamen nicht mehr hin. Nun waren die beiden Eltern siebzig, Gräfin Wanda dreißig und ihr Knabe elf Jahre alt. Es war höchste Zeit, dem Skandal ein Ende zu machen und einen tüchtigen Verwalter des großen Vermögens zu gewinnen. Diese Sachlage erklärte es, warum sowohl der adelstolze Bogdan, als auch die verwitwete Gräfin Koniska längst im Stillen an den bürgerlichen Mandatar gedacht und ihren Hausfreund, Herrn Thaddäus von Bazanski, in diesem Sinne instruiert hatten. Es war dies jener Emigrant, welcher einst Wanda im Patriotismus unterrichtet hatte und nun den Tag der Rache an den Russen als Schmaroher in Galizien erwartete. Nach langen Mühen konnte Herr Thaddäus endlich am Feste Maria Verkündigung vor der Gräfin mit der Versicherung erscheinen, daß Herr Hajek sich neben seiner Liebe zu ihr bewußt geworden, und schon auf den Oster Sonntag wurde die Verlobung angekehrt.

Schwerer war Herrn Hajek der Entschluß gefallen. Allerdings verfügte die Gräfin über drei ihm wohlbekannte, sehr ansehnliche Tugenden: die Güter Rossow, Horkowka und Druinowce, und er war ein Mensch, den kein „Vorurtheil“ mehr behinderte. Dennoch hatte er jene Winke mit dem Jauchpfahl, die der wackere Thaddäus zuweilen an ihn ergehen ließ, nie verstehen wollen. Es war ihm bisher in seinem neuen Wirkungskreise gegliückt, den Ruf eines Ehrenmanns zu erwerben und festzuhalten, und er wollte dieses angenehme Bewußtsein, welches ja zudem für ihn den Reiz völliger Neuheit hatte, nicht ohne dringende Nothwendigkeit aufgeben. Da kam die Nachricht von der Erklärung des Taras und stürzte den feigen Mann in finstroses Entsetzen und schwere Bedrängniß. Der eigentliche Vermittler dieses Bundes zweier edlen Herzen war nicht Herr Thaddäus v. Bazanski, sondern Taras Barabola.

Herr Hajek war am Palmsonntag, während jener

Nächtlicher den Leuten ihre Lage klar gemacht wird, desto schneller und sicherer ist unser Sieg und desto näher sind wir unserem Ziele. Darum thue Jeder seine Pflicht!

Bestellungen eruchen wir an Genossen E. Galluski, Hamburg, Krakenauw 12, zu richten, und zwar, um nicht voraussehenden Mißbräuchen vorzubeugen, mit einem Stempel versehen.

Die Agitationskommission der polnischen Arbeiter für Norddeutschland.  
B. Bolkowicz, P. Kurovski  
A. Prastewicz.

Das Straffkonto der Arbeiterbewegung wurde nach den Aufzeichnungen des Parteivorstandes im Monat Mai mit 1 Jahr 3 Monaten und 4 Wochen Gefängniß sowie 104 Mk. Geldstrafe belastet.

## Aus Nah und Fern.

**kleine Chronik.** Wegen Vornahme fortgesetzter un-  
gültiger Handlungen mit einem Mädchen unter 14 Jahren  
verurtheilt die Strafkammer in Stuttgart den katholischen  
Pfarrer Hermann Schar, genannt Krause, aus Hoppenwalde  
zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus. Auf dem Anstalts-  
schlespiß in Thoren hat sich ein neuer Unglücksfall erei-  
gnet. Der vierzehnjährige Sohn des Landbriefträgers  
Seibler, welcher sich leichtsinniger Weise während des  
Schliefens auf den Schlespiß gewagt hatte, wurde bei  
Dahval als verstümmelte Leiche vorgefunden. Ein explo-  
dierendes Geschoss hatte ihn getödtet. — Der Familienüber-  
bauer Arbeiter Ludwig, der am 1. Juni in seiner in Strießen  
bei Dresden befindlichen Wohnung Frau und Kind in  
grausamster Weise ermordet und zu verbrennen versucht hatte,  
ist am Freitag in dem Großröhrsdorfer Forste verhaftet  
worden. Ludwig ließ sich, ohne Widerstand zu leisten, ver-  
haften, obwohl er ein Terzerol bei sich trug, und wurde  
alsbald gefesselt nach dem Amtsgericht Pulsnitz eingeliefert.  
Er gestand sein Verbrechen ein und weinte wiederholt; er  
habe die That wegen Nahrungssorgen begangen. — In  
Eisenach ist der Arzt Dr. Jakob im Bette verbrannt;  
wahrscheinlich war er vorher bereits erkrankt. Man führt das  
Unglück z. S. auf seine übliche Gewohnheit zurück, vor dem  
Einschlafen in Bette Cigaretten zu rauchen. — In Dort-  
mund erstach in der Nacht zum Freitag ein Reisender  
einen Arbeiter, der das furchtbare Verbrechen begangen hatte,  
ihn zu verspotten. — Durch kriegsgerichtliches Erkenntniß  
vom 6. Mai, bestätigt am 20. Mai, wurde der Leutnant  
Hemming Waldemar Bernhard von Brühlke des Infanterie-  
regiments Graf Barfuß (4. westfälisches) Nr. 17, geboren  
den 4. Juni 1878 zu Berlin, in contumaciam für einen  
Deserteur erklärt und in eine Geldstrafe von 700 Mk. ver-  
urtheilt. — Bei einem Krämer in Stanislan (Galizien),  
der mit altem Eisen handelt, explodirte ein Hohlgeschoss, wo-  
durch ein Fuhrmann lebensgefährlich, zwei Personen schwer  
und zwei leichter verletzt wurden. — Für sämtliche Schiffs-  
reisende aus Egypten ist in Trieft eine zehntägige Beob-  
achtung einschließlich der Ueberfahrt angeordnet. — Die  
Stadt Aberdeen (Großbritannien) ist durch Enthüllungen  
über die Verwaltung des dortigen als Privatunternehmen  
betriebenen Friedhofes in empfindungsvolle Aufregung gerathen.  
Seit geraumer Zeit sind nämlich, um Platz für neue Be-  
stattungen zu schaffen, frische oder halbverweste Leichen aus  
den Gräbern genommen und zum Theil verbrannt, zum Theil  
in Gruben verscharrt, theilweise aber auch wochenlang in  
einem Schuppen aufbewahrt worden, bis der unerträgliche  
Geruch jede Annäherung der Friedhofsarbeiter an denselben  
verbot. Namentlich wurden die Leichen Fremder, anwärts  
Wohnender und Reisender dieser rohen Schändung unter-  
worfen, da in ihrem Falle die Gefahr nicht vorlag, daß  
Verwandte oder Freunde der Verstorbenen von ihrer Ent-  
fernung Kenntniß nahmen. Nichtsdestoweniger ist durch Zu-  
fall ein Fall bekannt geworden, in dem der Sarg ausge-  
graben wurde, nachdem die Hinterbliebenen kaum den Fried-  
hof verlassen hatten, und dies führte zur Anzeige bei der  
Polizei. Der ganze Friedhof wird jetzt behördlich unter-  
sucht, um den Umfang des Skandals festzustellen. Als  
grausamstes Detail der im Laufe der Jahre vorgenommenen  
Unregelmäßigkeiten mag noch angeführt werden, daß Schmüd-

fachen, die mit Leichen zusammen begraben worden, von den  
Friedhofsbeamten hervorgehohlet und verkauft wurden, ja bereits  
ist ein Fall bekannt geworden, in dem einer Leiche, die  
wieder ausgegraben worden, das falsche Gebiß entnommen  
und zu London verkauft wurde. — Eine Stürmische herrschte  
in den letzten Tagen über dem Atlantischen Meere und in  
dessen Küstengebiet; sie machte sich in Paris und London  
sehr unheimlich fühlbar und wirkte in New-York, das  
in diesem Winter so sehr von einer Kälteperiode zu leiden  
hatte, geradezu verderblich. Der Thermometer zeigte am  
7. Juni in Paris schon um 4 Uhr morgens 20 Grad C.  
und stieg im Laufe des Tages auf 35 Grad C., in London  
aber in der Sonne gar auf 45 Grad C.! Die Folge waren  
in beiden Städten zahlreiche Sturzflüge, die meist tödtlich  
verliefen. In New-York sind seit drei Tagen die Hospitäler  
überfüllt von Personen, die in Folge der auf 41 Grad C.  
gestiegenen Hitze schwer erkrankten.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.**  
Wegen Majestätsbeleidigung sind in Opatowitz zwei Eisen-  
bahnbeamte aus Warschau zu je 6 Monaten  
Gefängniß unter Verlust der Meantennanstellung verurtheilt  
worden. Beide waren bis zum vorigen Jahr gute Freunde,  
verfeindeten sich aber aus Anlaß der letzten Reichstags-  
wahlen und demnächst einander wegen Majestätsbeleidigung.  
— In Dortmund ist der 23jährige Schlosser  
Harms wegen Majestätsbeleidigung und Beschimpfung der  
christlichen Kirche zu 6 Monaten Gefängniß ver-  
urtheilt worden. H. hat als Matrose gedient und eine  
Verlobung des Kaisers mitgemacht. Wegen Majestäts-  
beleidigung wurde am Freitag vor der Strafkammer zu  
Frankenthal (Rheinpfalz) der 42 Jahre alte Hund-  
züchter Georg Witting von Ludwigshafen a. Rh. zu  
2 Monaten Gefängniß, abzüglich 2 Monate der er-  
zitterten Untersuchungshaft, verurtheilt. Witting hatte in der  
Trunkenheit eine lächerliche, drohende Aeußerung gegen den  
deutschen Kaiser ausgesprochen.

**Ein Arzt im Stubenarrest.** Die „Badische Landes-  
Ztg.“ theilt mit: „Der Bezirksarzt von Triberg  
wurde kürzlich in seiner Eigenschaft als Reserve Offi-  
zier von dem Major des Medieamts Triberg eines Abends  
dienstlich auf's Medieamt gerufen. Der Bezirksarzt erwiderte  
nicht, entschuldigend sich jedoch am anderen Morgen, daß ihn  
sein ärztlicher Beruf zu einer Wöchnerin  
gerufen habe, daß es ihm unmöglich gewesen sei, zu er-  
scheinen. Schon aber war vom Medieamt die Meldung  
des Dienstvergehens ans Bezirkskommando nach Dona-  
schingen abgegangen, von wo dem Bezirksarzt dann ein  
zweitägiger Stubenarrest auferlegt wurde.“

Wer mit uneren militärischen Verhältnissen nicht vertraut  
ist, könnte diese Nachricht für einen böswärtigen Scherz halten.  
Der kundige urtheilt anders darüber; in einem Staate, wo  
der Militärarzt, auch der des Benestandenstandes, nicht als  
Arzt, sondern amtlich als Sanitäts-offizier bezeichnet  
wird, kann es nicht Wunder nehmen, wenn er auch als  
solcher behandelt wird. Es folgt aus dem andern. Wäh-  
rend der Arzt im Sanitätsdienst der Reserve in Stuben-  
arrest saß und dadurch an der pflichtmäßigen Ausübung  
seines Berufes verhindert wurde, schloß sich ein Einwohner  
von Triberg eine Kugel in den Kopf. Ein anderer  
Arzt war nicht aufzutreiben. Der Selbstmord-  
versuch wäre wohl von Erfolg begleitet gewesen, wenn nicht  
der Bürgermeister von Triberg pensionirter Offizier den  
Bezirksarzt unter Uebernahme der Verantwortung  
lung veranlaßt hätte, den Stubenarrest zu  
brechen und dem Schwerverletzten zu Hilfe zu kom-  
men, der dann auch am Leben erhalten wurde. Das  
badische Blatt schließt seinen Bericht mit den Worten:  
„Der ganze Fall spricht in Anbetracht der besonderen Um-  
stände, von der Wöchnerin bis zum Selbstmordkandidaten,  
eine so berechtigte Sprache, daß wir weiteres nicht hinzuzufügen  
brauchen.“ Mit Recht fragt die „Volksztg.“: „Dürfen der-  
artige Bestimmungen eines militärischen Bureaukratismus,  
durch welche Menschenleben gefährdet werden, auch nur noch  
die kürzeste Zeit in Kraft bleiben? Unseres Erachtens ist es  
die Pflicht des Reichstages, hier auf's Schleunigste einzu-  
greifen! — Noch wollen wir daran erinnern, daß die selbige  
Umsturzvorlage für diejenigen, welche Militärpersonen zum  
Ungewöhnlich überredet haben, mit Zuchthaus be-

strast werden sollten. Bestände jetzt diese Bestimmung  
der Umsturzvorlage, was hätte dem Bürgermeister die Ver-  
urteilung auf die von ihm übernommene Verantwortung  
für den Bruch des Stubenarrestes gebohen?

**Sturmverheerungen in Spanien.** Ein Ungewitter  
von furchtbarer Gewalt, wie es in Europa nur höchst selten  
vorkommt, ist Freitag Abend über Spanien niedergegangen.  
Es war ein gewaltiger Sturm, verbunden mit einem unge-  
wöhnlich starken Hagel, der die schrecklichsten Verwüstungen  
anrichtete und auch Menschen verlebte. In Madrid  
glichen die Straßen starrenden Eisfeldern. Alles, was legend-  
wie zerbrechlich war, hat der Hagel zerstört. Die Glasdächer  
der Bureau, der Post- und Telegraphenanstalten, der Bahn-  
höfe und der Photographen Ateliers wurden zu Scherben zer-  
schlagen, die Telegraphen- und Telephonleitungen zerrissen.  
Überall in der ganzen Stadt boten die Straßen ein Bild  
furchtbarer Verwüstung, an der Madrid noch lange zu tragen  
haben wird. Der Sturm währte nur eine halbe Stunde,  
während welcher Zeit taubeneisgroße Steine herniedergingen.  
Der Schaden am Leben und Eigenthum ist ungeheuer, schreck-  
liche Hühnerposten vom Lande werden verbreitet. In den  
Cortes (Parlament) gab es wirklich eine stürmische  
Sitzung, die aufgehoben werden mußte, da die Glas-  
dachungen herabstürzten, die Hagelstöße unter die  
Deputirten schlugen, die entsetzt flüchteten und der Präsident  
seine Mode im Stich lassen mußte. Gleiche Szenen spielten  
sich im Senat ab, wo Alles aus dem Saale flüchtete,  
aber auf die Straße konnte sich Niemand retten, er wäre  
dort von den Eisstücken erschlagen worden. Von den Feldern  
erwartet man entsetzliche Nachrichten, stückweise  
muß alle Ernte vernichtet, alles Obst von den Bäumen ge-  
schlagen sein. Durch die zerschlagenen Fenster flogen in der  
Stadt auch zahlreiche Hagelkugeln in die Stuben gegen die  
Wände und zertrümmerten die Kronleuchter. Auf den Un-  
fallstationen konnten die Aerzte die Menge der Verwundeten  
kaum bewältigen. Mit den herabstürzenden Hagelstücken  
kamen die Marquisen, Schilber und Schornsteine herunter.  
Die Pferdebahnhöfe sahen aus, als wären sie im Wehrt  
gewesen. Auch in San Pedro de Marce (Provinz Katala-  
nien) herrschte heftiger Sturm, der große Verheerungen an-  
richtete. 150 Häuser wurden zerstört, viele Personen ge-  
tödtet. Als jetzt sind 10 Leichen aus den Trümmern hervor-  
gezogen worden.

**Das strafwürdige Anrufungszeichen.** In einem  
Prozeß gegen das „Wekinger Volksblatt“ figurirte ein  
Garnisonverwaltungs-Inspektor a. D. als Zeuge. Dieser  
Titel kam dem Redakteur oder dem  
Berichterstatter des Wekinger Blattes so eigenartig vor, daß  
er ein „h“ dahinter malte. Dierhalb man hat die  
Staatsanwaltschaft 5 Fäbungen Straf-  
antrag wegen öffentlicher Beleidigung des  
Garnison Verwaltungs- Ober Inspektors  
a. D. gegen den Redakteur des „Wekinger Volksblatt“ ge-  
stellt. Das Gericht hat dem Antrage stattgegeben und  
die Verhandlung auf Mittwoch, den 21. Juni, anbe-  
raunt. (1)

**Eine ungläubige Jury.** Die New-Yorker „Law  
Notes“ melden: In einem Verbrecherprozeß, der  
kürzlich in New York stattfand, lehnten die Geschworenen  
nach kurzer Verhandlung mit folgendem bemerkens-  
werthen Verdikt zurück: „Wir, die Jury, in der erwähnten  
Sache, glauben kein Wort von dem, was die Zeu-  
gen beschworen haben, noch glauben wir, daß einer  
Anwält die Wahrheit gesprochen hat, oder auch nur  
dazu im Stande gewesen wäre, selbst wenn sie sich die  
Mühe dazu genommen hätten.“

## Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag)  
ist soeben das 37. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus  
dem Inhalt heben wir hervor:

Math der Ueberzeugung. — Das Buchhausgeheiß. —  
Dialektik und Entwicklung. Antwort auf Krautstys Artikel  
„Bernstein und die Dialektik.“ Von Ed. Bernstein. — Die  
Ansprüche. Von Professor Dr. Adolf Vogt in Bern.  
(Schluß). — Zukunftsträume eines Poeten. Von H. Ströbel.  
— Notizen: Fäbrifikation von Wolle aus Holz und Torf.  
Von P. M. Grempe.

„großen Versammlung“, nicht im Dorfe gewesen. Er war  
bereits in der Frühe nach Bablotow gefahren, wohin ihn  
der Rittmeister von Palky-Husaren, Geyza v. Mihalzy, zu  
einem kleinen Dejeuner geladen hatte. Es gestaltete sich  
überaus laut und lustig; außer den Offizieren der Escadron  
waren noch einige junge Adelige aus der Nachbarschaft er-  
schienen. Der lustigste war Herr Hajek und blieb es auch,  
als sich die Gesellschaft endlich vom Frühstück erhob, um sich  
am Spieltische niederzulassen. Der Mandatar haßte das  
„Färbeln“, welches er ein frivoles, gefährliches Spiel nannte,  
und so wurde auf seinen Vorschlag das erste, würdige und  
harmlose Macao gespielt. Er hielt die Bank und gewann  
fortwährend. Unaufhörlich sprudelten auch die heitersten  
Scherzreden von seinem Munde.

Da trat der Bursche des Rittmeisters ein und meldete  
mit erstaunter Miene, draußen stehe der Maier Boleslaw  
und wünsche seinen Herrn in einer dringlichen Sache zu  
sprechen; der Bauer Barabola habe dem Kaiser sieben den  
Krieg erklärt.

Stürmische Heiterkeit folgte den Worten. Die Herren  
wälzten sich vor Lachen auf ihren Stühlen. Anders Herr  
Hajek, er wurde todtenbleich, die Karten entfielen seiner  
Hand; zitternd sprang er empor. „Meine Herren!“ stam-  
melte er. „Sie kennen den Mann nicht. Das ist eine  
Sache auf Leben und. . . Verzeihen Sie, ich muß Näheres  
hören.“

Er wollte zur Thür, aber der Rittmeister vertrat ihm  
lachend den Weg. „Nein!“ rief er, „wir bestehen darauf,  
daß Sie den Mann hier anhören. Eine Kriegserklärung  
an Se. Majestät geht ja wohl zunächst uns Offiziere an.“

Der Maier trat ein, der hünenhafte Mann war bleich,  
sein Antlitz finster. In kurzen Worten berichtete er den In-  
halt jener Rede. „Wie der Mann ist“, schloß er, „wissen  
Sie, Herr. In einer Woche will er losbrechen, zuerst gegen  
Sie. Er hat sich nach dem Bergwald gewendet, in der  
Richtung gegen die „rothe Schlucht“. Heute hat er vier  
Mann, in einer Woche wird er fünfzig haben.“

Die Herren lachten nicht mehr. Nicht so sehr die

Worte, als der Ton des Mienen hatte sie erst gestimmt.  
Nun aber, nachdem er geendet, brach die Heiterkeit wieder  
los. „Also Krieg“, lachten die Offiziere, „rasches Advance-  
ment, doppelte Löhnung!“ Und der Rittmeister rief: „Er  
will ja erst in einer Woche losbrechen! Heute spielen wir  
weiter. . . Hajek, geben Sie die Karte und. . . Mann!“  
unterbrach er sich erschreckt, „was ist Ihnen! . . . Er wird  
ohnmächtig!“

In der That sah der Mandatar aus, als ob er im  
nächsten Augenblick völlig zusammenbrechen müßte. Die Ge-  
stalt war geknickt, das blutlose Antlitz von Todesangst ver-  
zerrt. So kauerte er im Fauteuil, und das Haupt neigte  
auf den Tisch nieder. . .

„Ganz wie Belsazar!“ lachte ein junger Lieutenant.  
„Ja, lieber Hajek, „Mene Tekel Upharsin!“ Sie scheinen  
gegen Ihre Bauern nicht das beste Gewissen zu haben! Nun  
weinen Sie ja gar!“

In der That hatte der Mandatar zu schluchzen be-  
gonnen. „Ach“, stöhnte er, „ich muß zur Stadt. . .“ Er  
suchte sich zu erheben, sank aber wieder in den Fauteuil zu-  
rück. „Nein. . . ich muß heim. . . meine Papiere. . .  
Herr Rittmeister!“ schrie er flehenlich auf, „lassen Sie so-  
gleich Ihre Escadron aufstehen, führen Sie mich nach Bu-  
lawee und bleiben Sie dort! Sonst bin ich morgen früh  
eine Leiche und das Schloß eine Ruine!“

„Nun!“ rief der Rittmeister unwillig. „Ich hätte  
Sie für — für gefasster gehalten! Die Angst verwirrt  
Ihren Verstand! Wissen Sie nicht, daß ich meine Escadron  
nicht eigenmächtig detachiren darf?“

„Dann haben Sie auch die Verantwortung!“ schrie  
Hajek verzweiflungsvoll. „Aber gehe ich nicht heim“, fügte  
er abermals schluchzend hinzu. Endlich faßte er sich müß-  
sam. „Ich muß zur Stadt. Ich, der Rittscher und der  
Maier sind drei Leute, sämtlich unbewaffnet — jener Ban-  
diten sind mindestens fünf. Ich bitte Sie, Herr Rittmeister,  
uns Waffen zu leihen und außerdem einige Husaren als  
Escorte beizugeben.“

„Mit Vergnügen“, erwiderte Herr v. Mihalzy höflich  
und lähl. „Das geht nicht gegen meine Pflicht.“

Eine Stunde später war Herr Hajek auf dem Wege  
nach Kolomena. Am Wagenchlage ritten zwei Husaren;  
auch der Maier, der neben ihm saß, hatte sich bis an die  
Pähne bewaffnet, gleichwohl wäre der Mandatar aus Angst  
schier auf dem Wege gestorben. So oft irgend ein Laut  
an sein Ohr schlug, so oft thuen ein Reiter begegnete, schrie  
er entsetzt auf. Vergeblich suchte ihn der Maier zu be-  
ruhigen. Denn was er ihm zum Troste sagen konnte, war  
nur: „Er hat angekündigt, daß er erst in einer Woche  
losbrechen wird, und er ist ein Mann, der Wort hält.“

Die Antwort, die der Mandatar darauf gab, war viel-  
leicht das schönste Ehrenzengniß, welches dem Taras jemals  
ausgestellt worden. „Ach“, senkte er, „vielleicht haben es  
Deine Späher schlecht gehört!“ Daß dieser Mann sein Wort  
halten würde, im Kleinsten wie im Größten, daran zweifelte  
auch er nicht — und just dies war ja das Entsetzliche an  
der Sache! . . .

Die Nachricht war ihm unerwartet gekommen, obwohl  
er über die Plüge des Taras im Bergwald, über seine wach-  
sende Verfürung, endlich über die Abtretung des Hofes  
stets genau unterrichtet gewesen. Nur hatte er die Zeichen  
falsch gedeutet, er war fest überzeugt, daß Taras zum Selbst-  
mord schreiten würde, wenn der abschlägige Bescheid des  
Kaisers käme — und in seiner Art hatte er sogar Mitleid  
mit dem Manne empfunden, etwa dasselbe Mitleid, welches  
der Fleischer mit einem schönen Stiere hat, von dem er sich  
guten Gewinn verspricht. Nun er den Entschluß des Taras  
erfahren, schob sich ihm sofort das richtige Charakterbild des  
Mannes zusammen, und er, der jene Rede nur aus einigen  
Andeutungen kannte, verstand sie sicherlich besser, als die  
Mehrzahl der Hörer. „Ja, ja“, stöhnte er, „aus dem  
Engel ist ein Teufel geworden, und das pflegen die bösesten  
Teufel zu sein.“

(Fortsetzung folgt.)